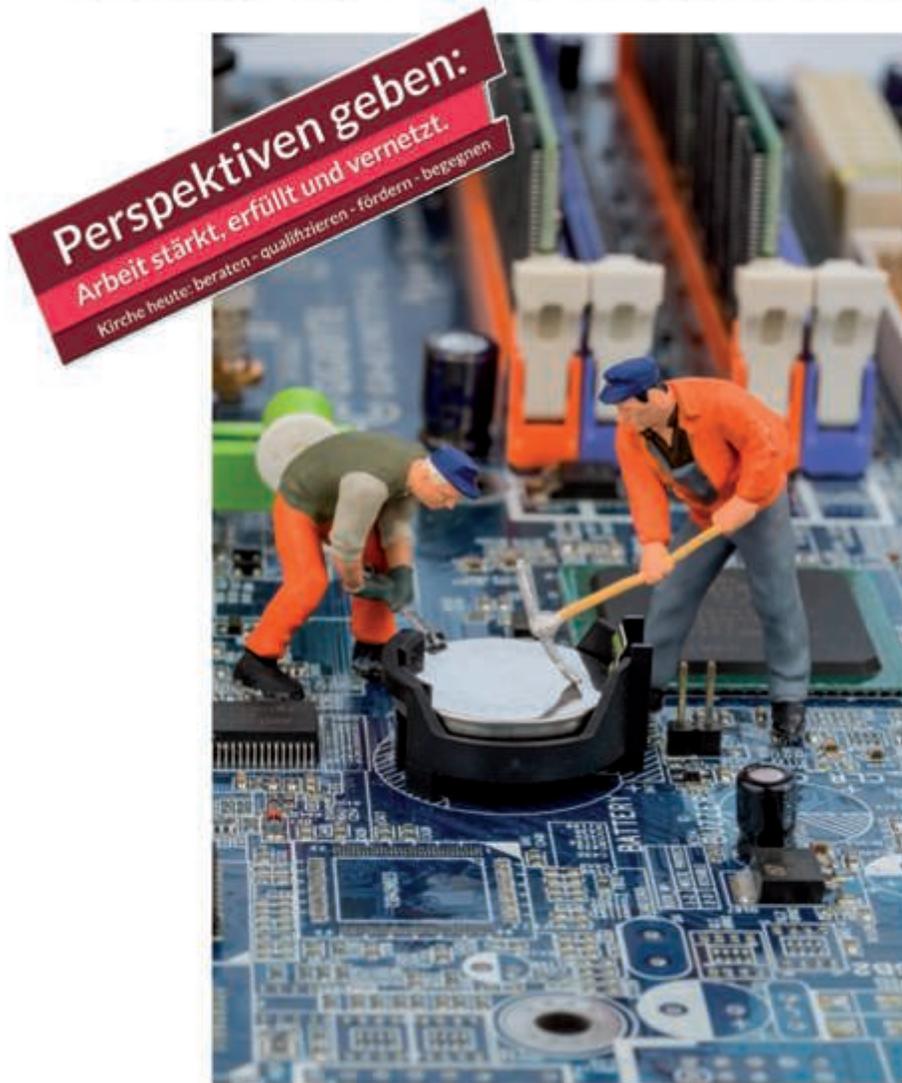


DOKUMENTATION

Dialogtagung 2016

Arbeit 4.0 - Gute Arbeit für alle?!



17. November 2016, 9 - 17 Uhr
Nell-Breuning-Haus, Herzogenrath

Herausgeber:

Koordinationskreis kirchlicher Arbeitsloseninitiativen
Im Bistum Aachen
Wiesenstraße 17, 52134 Herzogenrath
Tel.: 02406 - 955825
Mail: wolfgang.cohnen@bistum-aachen.de

Redaktion: Wolfgang Cohnen

Fotos: Thomas Hohenschue
www.thomas-hohenschue.de

Titelbild: Gina Sanders / Fotolia

Die Dokumentation ist online verfügbar unter
www.arbeitslosenarbeit-im-bistum-aachen.de

Alle Rechte vorbehalten

Aachen, im Januar 2017

Inhalt

Impressum	2
Inhalt	3
Einführung in die Veranstaltung Hermann-Josef Kronen	5
Grußwort Generalvikar Dr. Andreas Frick	9
Dr. Frank Bauer: ‚Entwicklung und Struktur von Langzeitarbeitslosigkeit‘	11
Tim Obermeier: ‚Zukunftswerkstatt SGB II - Teilhabe der Grundsicherung‘	20
Prof. Dr. Franz Segbers: ‚Arbeit 4.0 - Was passiert mit den Abgehängten?‘	26
Impuls Tim Obermeier und Ergebnissicherung Arbeitsgruppe ‚Gute Arbeit - Gutes Leben; ist dies die Lebensperspektive für arbeitslose Menschen?‘	36
Impuls Christian Hampel Arbeitsgruppe ‚Formale und informelle Bildung‘	38
Ergebnissicherung Arbeitsgruppe ‚Formale und informelle Bildung‘	41
Impuls Klaus Müller Arbeitsgruppe ‚Öffentlich geförderte Beschäftigung - alter Hut oder gibt es neue Projektansätze‘	42
Impuls Prof. Dr. Franz Segbers Arbeitsgruppe ‚Ist außerhalb von Erwerbsarbeit noch Teilhabe und Teilnahme gestaltbar‘	43
Pressemeldung: ‚Arbeit 4.0 - Zeit zu streiten und zu kämpfen‘	45
KirchenZeitung für das Bistum Aachen, Ausgabe 48/2016 Von alleine ändert sich nichts.....	47
Kontakt.....	51

Einführung in die Veranstaltung

**von Hermann-Josef Kronen,
Vorsitzender Koordinationskreis kirchlicher
Arbeitslosen-initiativen im Bistum Aachen**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
lieber Herr Generalvikar Dr. Frick,
liebe Landespolitikerinnen,

im Namen der Veranstaltergemeinschaft begrüße
ich Sie herzlich zur heutigen Dialogtagung unter
dem Stichwort Arbeit 4.0.

Zum fünften Mal seit 2006 hat sich ein Bündnis
verschiedener kirchlicher Träger im Bistum Aa-
chen, die sich arbeitsmarkt- und sozialpolitischen
Fragestellungen verpflichtet fühlen, zusammen
getan. Wir wollen heute ein Forum anbieten zum
Austausch und zur Diskussion zu Fragestellungen
von Arbeitsmarkt und gesellschaftlicher Teilhabe
insbesondere von Langzeitarbeitslosen Frauen und
Männern in einer zukünftig sich weiter wandelnden
Arbeitswelt.

Die Thematik scheint derzeit nicht gerade aktuell:
die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen
schwindet, mancherorts wird Vollbeschäftigung
verkündet. Die gesellschaftliche Diskussion wird
stärker von der Flüchtlingsproblematik bestimmt.

Rechtsradikalismus und mangelnder Respekt
bestimmen das gesellschaftliche Klima. Daneben
wird der aktuelle oder perspektivische Fachkräfte-
bedarf und Fachkräftemangel als Faktor benannt,
der die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundes-
republik hemmt.

Als Einstimmung auf das Thema möchte ich - sehr
subjektiv - ein paar Facetten vortragen, die direkt
oder indirekt mit dem Thema Arbeit 4.0 zusammen-
hängen. Diese werden mindestens punktuell in den
verschiedenen Beiträgen der Referenten oder den
Foren am heutigen Nachmittag eine Rolle spielen.

Die Bundesregierung hat im Jahr 2015 einen Bür-
gerdialog organisiert. Unter dem Stichwort "**Gut
leben in Deutschland - was uns wichtig ist**".
Ergebnisse dieses Prozesses wurden Ende Okto-
ber in der Bundespressekonferenz präsentiert.

Die Rheinische Post schreibt unter dem Titel
„Psychogramm der Deutschen“ hierzu in Ihrer Be-
richterstattung vom 26. Oktober 2016:

... Auf etlichen Lebensfeldern leben die Deutschen



**Hermann-Josef Kronen, Vorsitzender
Koordinationskreis kirchlicher
Arbeitsloseninitiativen im Bistum Aachen**

auf den ersten Blick mit Widersprüchen. So etwa,
wenn sie weniger arbeiten, aber mehr verdienen
wollen, wenn sie eine möglichst perfekte Infrastruk-
tur erwarten und zugleich eine möglichst geringe
Schuldenlast. Bei genauerem Hinsehen ergänzen
sich individuelle Wünsche mit gesamtgesellschaftli-
chen Vorstellungen. Mag in den USA das Streben
des Einzelnen nach Glück und Reichtum zu den
gemeinsamen Überzeugungsmustern gehören, in
Deutschland ist es das Verlangen, dass es gerecht
zugeht.

Kritisch sehen viele eine "Schere zwischen Arm
und Reich". Wie fair die Einkommensverteilung
insgesamt ist, bestimmt auch die persönliche Le-
benszufriedenheit. Da geht es darum, genü-
gend Einkommen zu haben, um damit als Familie
"gesund und zufrieden" leben zu können. Zum
Wohlbefinden gehört denn auch das Gefühl, nicht
in Armut zu fallen. ... Das emotionale Wohlbefin-
den der Deutschen sei zwar umso größer, je höher
das Einkommen ist - aber nur bis zu einem gewis-
sen Punkt, dann bleibe es gleich, hält der Regie-
rungsbericht fest.

Zum guten Leben gehört vor allem der Wunsch
nach mehr Zeit mit der Familie oder auch nach

mehr Freizeit überhaupt. Unterschiedliche Lebenswahrnehmungen von Männern und Frauen finden sich jedoch auch in der Arbeitswelt. Während die Frauen lieber mehr arbeiten möchten, wollen die Männer eher weniger. Allerdings ist der Umfang der bezahlten Arbeit bei Männern auch deutlich größer.

Wie schnell die Regierung aus den Erkenntnissen nun konkrete Schlüsse zieht, ist jedoch ungewiss. Die Frage nach einzelnen Gesetzesplanungen als Ergebnis des Bürgerdialogs beantworten die Vertreter der Ministerien mit Achselzucken.

Konsequenz: Der Bürger und nicht die Politik wird sich kümmern müssen.

Arbeit 4.0 ist nun eine Reaktion auf die Chiffre Industrie 4.0.

Im „Volkslexikon“ Wikipedia heißt es als Erläuterung: Industrie 4.0 ist ein Begriff, der „auf die Forschungsunion der deutschen Bundesregierung und ein gleichnamiges Projekt in der Hightech-Strategie der Bundesregierung zurückgeht, er bezeichnet ebenfalls eine Forschungsplattform. Die industrielle Produktion soll mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik verzahnt werden. Technische Grundlage hierfür sind intelligente und digital vernetzte Systeme. Mit ihrer Hilfe soll eine weitestgehend selbstorganisierte Produktion möglich werden: Menschen, Maschinen, Anlagen, Logistik und Produkte kommunizieren und kooperieren in der Industrie 4.0 direkt miteinander. Das Netz soll zudem alle Phasen des Lebenszyklus des Produktes einschließen – von der Idee eines Produkts über die Entwicklung, Fertigung, Nutzung und Wartung bis hin zum Recycling.

Download Wikipedia am 14. 11.2016

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat im Blick auf diese Entwicklung ein Grönbuch Arbeit und Soziales unter dem Label Arbeit 4.0 veröffentlicht.

Der Soziologe Stefan Kühl schreibt in der Zeitschrift Supervision Zeitdiagnosen 4.0 eine kritische Bewertung dieses von der Bundesregierung beförderten Trends bzw. dieser Chiffre für technische Veränderungen in Industrie und Arbeitswelt.

„Die Speicherleistungen mögen größer, die Sensoren präziser, die Übertragungsgeschwindigkeiten höher werden, eine grundlegende Veränderung der

Rationalisierungslogik hat jedoch nicht stattgefunden.“ Es komme zu „einer neuen Globalisierung des Arbeitsmarktes. Am unteren Rand habe sich ein Bereich unsicherer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse ausgebildet (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2015 Seite 24). Es befindet sich zwar weiterhin ein Großteil der Arbeitnehmer in Normalarbeitsverhältnissen, gleichzeitig seien aber auch immer mehr Personen in atypischen, häufig prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Eine solche Dualisierung des Arbeitsmarktes mag auffallen, wenn man als Vergleich die sehr kurzen Phasen der Vollbeschäftigung in der alten Bundesrepublik heranzieht. Über eine längere Zeitachse beobachtet, ist die Dualisierung des Arbeitsmarktes der kapitalistische Normalfall. Die am Existenzminimum lebenden“ Solo-Selbstständigen“ und „Klick-Worker“ hießen früher bloß“ Tagelöhner“, statt von einem „Prekariat“ wurde von einem „Lumpenproletariat“ gesprochen, und als Beispiel dienen heute die selbständigen Paketausfahrer, Webdesigner, Schauspieler, Taxifahrer und Tankstellenpächter ... «

(Stefan Kühl: Zeitdiagnosen 4.0 – in Supervision Mensch Arbeit Organisationen Heft 4 - 2016 34. Jahrgang Seite 31)

Unabhängig von der gesellschaftlichen oder politischen Bewertung der Initiativen der Bundesregierung oder der soziologischen Bewertung wie Stefan Kühl sie anstellt, ist mit Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt in Zukunft weiter zu rechnen.

Langzeitarbeitslose zählen im oben genannten Sinne vor allem zur Gruppe, die dem Prekariat angehören. Ob und inwieweit sie Chancen auf Arbeitsmarktintegration in einem zukünftigen Arbeitsmarkt haben, dies ist unter anderem Thema des heutigen Tages. Hier sind die zahlreichen arbeitsmarktpolitischen Träger gefragt mit Ideen, Angebote zu entwickeln, da wir nicht davon ausgehen können, dass der Gesetzgeber seine Politik der „Notversorgung“ verändern wird.

Damit kommen wir zu einem weiteren Aspekt der für die Menschen insgesamt und für am Rande lebende Menschen in besonderer Weise relevant ist.

Teilhabe

Menschen brauchen Teilhabe! Sie brauchen Teilhabe im gesellschaftlichen und politischen Raum und Teilhabe durch Arbeit - Arbeit ist nach wie vor der zentrale Faktor für gesellschaftliche Teilhabe

verbunden mit dem Gefühl und der Erfahrung, ich kann mit meinem Beitrag, mit meiner Arbeit mich in der Arbeitswelt einbringen und damit auch etwas zur Gestaltung von Gesellschaft und Arbeitswelt beitragen.

Die Ansprüche an Arbeit sind im Wandel begriffen. Menschen wollen Arbeit und private Lebenswelt besser miteinander in Verbindung bringen und gegebenenfalls auch Zeit haben für zivilgesellschaftliches Engagement. Diese Arbeit soll und muss existenzsichernd sein und nimmt Einfluss auf das Thema zukünftiger Sicherung, zum Beispiel durch Renten.

Bei dieser Diskussion sind geringer qualifizierte MitbürgerInnen nicht im Fokus der Betrachtungen. Deren Teilhabemöglichkeiten liegen derzeit überwiegend im Bereich von Kombilohn-Angeboten oder in Arbeitsgelegenheiten. Diesen Arbeitsformen haftet allerdings immer das Stigma des sogenannten zweiten oder dritten Arbeitsmarktes an. Für diesen Arbeitsmarkt scheint es gerade zu vermessen, über Zukunftssicherung und sichere Renten nachzudenken.

Wenn die vermutete Spaltung des Arbeitsmarktes mit Arbeit oder Industrie 4.0 rasant fortschreiten sollte und wird, dann gilt es insbesondere zu beobachten, wo gering qualifizierte und arbeitslose Frauen und Männer in dieser zukünftigen Form der Arbeitsorganisationen und Arbeitswelt noch ihren Platz finden können. Ihnen droht - wie in einigen Studien oder Statements im Rahmen der ARD Woche „Zukunft der Arbeit“ zu vernehmen war - Konkurrenz aus dem Lager des Mittelstandes, die als derzeitiger Arbeitsplatz-Inhaber mit mittleren Qualifikationen mit Verlusten in der neuen Arbeitswelt zu rechnen haben.

Bildung - großes Versprechen oder große Illusion

Qualifizierte Bildung ist und war das große Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft. „Wer gut ausgebildet ist erhält auch eine gute existenzsichernde Arbeit“ - dies war vielfach das Bild mit dem Eltern, Gesellschaft und Politik die Zöglinge auf die Zukunft ihrer gesellschaftlichen Integration vorbereiteten.

Dieses große Versprechen wurde je nach wirtschaftlicher Entwicklung eingelöst oder es verkam zur großen Illusion.

Auch heute werden wir uns mit formeller oder informeller Bildung befassen. Ob sie mit zur Bewältigung des Lebensalltags oder tatsächlich für den Arbeitsmarkt verwendbar und verwertbar sein wird, dies bestimmt vielfach die gesellschaftliche Situation und der Status der MitbürgerInnen.

Gesellschaftliche Kommunikation und Lobbyarbeit

1.1. Barmherzigkeit und Gerechtigkeit

Wir richten diese Tagung als kirchlich handelnde und sich verstehende Organisationen aus. Im von Papst Franziskus ausgerufenen Jahres der Barmherzigkeit gilt es zu fragen, ob Barmherzigkeit ausreichend oder ob es nicht mehr um die Verknüpfung von Gerechtigkeit und Barmherzigkeit geht:

„Kritisch wird man heute fragen müssen, ob die starke Rezeption des barmherzigen Samariters die Hilfebeziehung und damit die Barmherzigkeit insgesamt nicht allzu stark auf die private, persönliche Beziehung beschränkt hat? So wichtig die Fähigkeit ist, sich von fremdem Leid anrühren zu lassen, darf die Fürsorge niemals berechnete Teilhabeinteressen verdecken oder überlagern. Muss man nicht Bischof Kamphaus folgen, der fragt, ob mit dieser Form von Barmherzigkeit nicht die Unrechtsstrukturen unserer Gesellschaft nur vertuscht und ungewollt stabilisiert werden? Und er schreibt weiter: „Es genügt doch nicht, den unter die Räuber Gefallenen zu verbinden. Auf dem Rückweg von Jericho nach Jerusalem passiert ihm genau dasselbe wieder. Wir müssen die Übel an der Wurzel angehen. Wir müssen die Strukturen der Räuberei freilegen und zu ändern versuchen. Christliche Nächstenliebe hat sich heute im gesellschaftspolitischen Engagement zu bewähren.“

Aus: Barmherzigkeit UND Gerechtigkeit - Aspekte einer kirchlichen Verortung der verbandlichen Caritas (zum 60. Geburtstag von Präsident Prof. Dr. Peter Neher) von Dr. Hans-Jürgen Marcus, Diözesan-Caritasdirektor Hildesheim

1.2. Gestaltung von Frames?

Parallel zur Vorbereitung zu diesem Vorwort bin ich auf ein Buch von Elisabeth Wehling gestoßen „Politisches Framing - wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht“.

Elisabeth Wehling weist darauf hin, dass nicht Fakten politische Entscheidungen bedingen sondern kognitive Deutungsrahmen, in der Wissenschaft Frames genannt. Sie werden über Sprache im Ge-

hirn aktiviert und gefestigt und bestimmen, wie wir politische Fakten wahrnehmen.

Die Bedeutung ihrer Analysen und Ideen mögen folgende Textpassagen verdeutlichen:

„Unser soziales Miteinander ist ein Wettlauf um die ersten Plätze - zum Beispiel in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt. Ob man es ganz nach vorne schafft, vielleicht sogar unter den Siegern ist, das ist eine Frage individueller Fitness. ... natürlich können nicht alle siegen. Denen zu helfen, die im Laufen zurückfallen, entspricht nicht den Gesetzen eines Wettlaufs und ist mithin nicht fair - man wirft sie damit nur aus der Bahn. Das ist eine der zentralen Geschichten, die wir uns über unser soziales Miteinander erzählen. Eine weitere Geschichte besagt, dass jene unter uns, die reich oder gebildet sind oder Berufe mit hohem Sozialprestige ausüben, stärker sind als ihre weniger gut gestellten Mitbürger - und außerdem sind sie auch besser, tüchtiger, glücklicher, haben mehr Kontrolle inne und sind näher bei Gott....

... Berichte... Decken ein ganzes Spektrum von Themen ab, wie etwa Migration, Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Bildung. Die Begriffe, die genutzt werden - abgehängte, Verlierer, Sieger, abgelehnte Kinder oder Bildungsbürger, die sich in einem Wettrennen, einer Aufholjagd befinden oder schlechte Startchancen haben-, aktivieren alle denselben Frame: Wettlauf. Dieser Frame wird dann

metaphorisch auf das soziale Miteinander übertragen, soziales Miteinander ist ein Wettlauf ...

Der Frame blendet aus, dass menschliche starke Willenskraft, Leistungsfreude und Disziplin in unserer Gesellschaft keinesfalls automatisch zu Geld und Prestige führen. Und er blendet die systemischen Ursachen solcher Erfolge oder Nicht-Erfolge aus, denn er suggeriert, dass man „ganz alleine“ für seinen Erfolg oder Misserfolg verantwortlich ist. Das stimmt so natürlich nicht, denn Erfolg und Misserfolg sind immer zu großen Teilen systemisch bedingt.“ (Wehling S. 110 – 113)

Wenn wir im Anschluss an die Tagung über die Vermittlung von Inhalten und zukünftige Lobbyarbeit nachdenken werden und müssen dann dürften die Aspekte des Framings sicher eine Rolle spielen in der Art wie wir zukünftig das Thema Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und Arbeit kommunizieren wollen.

Seien wir aber zunächst mal gespannt auf die Beiträge der Referenten des heutigen Tages und die Arbeitsgruppen am Nachmittag.

Durch die Tagung führt uns moderierend Karl-Heinz Hermanns.

Hermann-Josef Kronen



Grußwort

von Dr. Andreas Frick, Generalvikar

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Arbeit 4.0 – Gute Arbeit für alle“ so hat der Koordinationskreis kirchlicher Arbeitslosenarbeit im Bistum Aachen in Kooperation mit weiteren Mitveranstaltern die heutige Dialogtagung betitelt. Ein Fragezeichen und ein Ausrufezeichen beim Titel fallen besonders ins Auge. Mit Ihrer Veranstaltung wollen Sie auf die neuen Herausforderungen der Industrie 4.0 hinweisen, mit Blick auf diejenigen Menschen, die heute langzeitarbeitslos sind und auf die Menschen, die zukünftig möglicherweise arbeitslos werden.

Die Digitalisierung der Wirtschaft, die bereits vor vielen Jahren begonnen hat, wird uns in Zukunft noch stärker beschäftigen. Fließende Übergänge zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit, ehrenamtlicher Arbeit und Muße sind bei einigen Großkonzernen wie z. B. dem amerikanischen Computer- und Softwarehersteller Microsoft heute schon Alltag. Der fließende Übergang zwischen Arbeit und Leben, der schnell zur Leistungsverdichtung und Selbstausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern führen kann, wird von den Gewerkschaften eher kritisch betrachtet.

Auf der Internetseite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Industrie steht zur Industrie 4.0:

„Wenn Bauteile eigenständig mit der Produktionsanlage kommunizieren und bei Bedarf selbst eine Reparatur veranlassen - wenn sich Menschen, Maschinen und industrielle Prozesse intelligent vernetzen, sprechen wir von Industrie 4.0.“ Welche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden bei diesen komplexen Prozessen die Gewinnerinnen und Gewinner sein und wer wird zu den Verliererinnen und Verlierern gehören?

Sie stellen bei der heutigen Veranstaltung die Fragen aus Sicht von Menschen, die arbeitslos oder gar langzeitarbeitslos sind oder Menschen, die zukünftig möglicherweise von Arbeitslosigkeit oder Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Es ist für die Kirchen, aber auch für die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wichtig, diese Menschen nicht als Verliererinnen und Verlierer zurück zu lassen.

Was ist zukünftig gute Arbeit und vor allem, wer wird für diese gute Arbeit noch gebraucht? Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr guten beruflichen Qualifikationen werden den Anforderungen der Industrie 4.0 gewachsen sein. Sie sind die Gewinnerinnen und Gewinner der wirtschaftlichen und industriellen Weiterentwicklung.



Dr. Andreas Frick, Generalvikar Bistum Aachen

Was aber ist mit den Menschen, die diese Anforderungen nicht erfüllen? Bleiben sie heute und zukünftig „Gefangene“ von Hartz IV, dem Arbeitslosengeld II? Bei aller wirtschaftlichen und industriellen Weiterentwicklung ist es wichtig, den Menschen und seine Würde in den Blick zu nehmen.

Gesellschaftliche Teilhabe ist ohne Erwerbsarbeit für die meisten Menschen nicht möglich. Mit einer einseitigen und ausgrenzenden Überbetonung der These „Integration in Erwerbsarbeit ist gleich Integration in die Gesellschaft“ schließen wir Menschen aus, die den ständig steigenden Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht oder nicht mehr gewachsen sind.

Der derzeit stabile Arbeitsmarkt und die wachsenden Beschäftigtenzahlen dürfen uns nicht blind machen dafür, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen trotzdem stagniert. Wirtschaftswachstum alleine reicht nicht aus, um allen Menschen, die arbeiten können und wollen eine gute und gerecht bezahlte Erwerbsarbeit anzubieten. Die Menschen, die aus der Erwerbsarbeit herausfallen, dürfen uns nicht gleichgültig sein. Wir müssen als Kirchen besonders darauf achten, dass sich keine „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ entwickelt, von der Papst Franziskus in seinem Apostolischen Schreiben „Evangelii gaudium“ spricht. Ich freue mich, dass die Einrichtungen der Arbeitslosenarbeit in unserem Bistum dieser Gleichgültigkeit entgegen wirken.

Die Bischöfliche Kommission „Kirche und Arbeiterschaft“ des Bistums Aachen hat bereits am Ende des Dialogprozesses „Impulse für mehr soziale Gerechtigkeit“ im Jahre 2012 die Forderungen nach einem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt und einem garantierten Grundeinkommen erhoben. Diese beiden Forderungen alleine sind sicher nicht die Lösung aller heutigen und zukünftigen Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Aber sie können Bausteine sein, um an einer gerechteren Gesellschaft mitzuwirken und um positive Impulse zur „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu geben und Mut zur Selbstverantwortung und -achtung.

Papst Franziskus hat in seiner beeindruckenden Rede zur Verleihung des Karlspreises an ihn am 6. Mai dieses Jahres die Arbeitslosigkeit – vor allem die Jugendarbeitslosigkeit – scharf angeprangert, denn die Jugend sei nicht die Zukunft unserer Völker, sondern ihre Gegenwart. Er sagt: „Wir können nicht an ein Morgen denken, ohne dass wir ihnen

eine wirkliche Teilhabe als Träger der Veränderung und des Wandels anbieten. Wie können wir unsere jungen Menschen an diesem Aufbau teilhaben lassen, wenn wir ihnen die Arbeit vorenthalten?“ Die gerechte Verteilung der „Früchte der Erde und der menschlichen Arbeit“ sei keine bloße Philanthropie. Sie ist eine „moralische Pflicht“, so der Heilige Vater.

Die Neukonzeption unserer Gesellschaft bedürfe der Schaffung würdiger, lukrativer Arbeitsplätze. Nach seiner Überzeugung erfordere das die Suche nach neuen „inkluisiven, gerechten Wirtschaftsmodellen“, die nicht auf das Wohl einiger Weniger, sondern auf das Wohl eines jeden Menschen ausgerichtet sind und dass „als Priorität weiterhin das Ziel verfolgt wird, allen Zugang zur Arbeit zu verschaffen.“

Meine Damen und Herren,

Sie haben für Ihre heutige Veranstaltung unterschiedliche Referenten und Landtagsabgeordnete sowie ein breites Publikum gewinnen können. Es ist gut, dass sich viele Menschen mit der Thematik „Arbeit 4.0“ auseinandersetzen und die Erfahrungen und Ergebnisse der heutigen Tagung weitergeben, um im Sinne dessen, was Papst Franziskus angemahnt hat, daran mitzuarbeiten, allen Zugang zur Arbeit zu verschaffen, dass niemand zurückgelassen wird.

In diesem Sinne hoffe ich auf gute Gespräche und wünsche Ihnen einen guten Tagungsverlauf.

Entwicklung und Struktur von Langzeitarbeitslosigkeit

Dr. Frank Bauer, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung NRW, Düsseldorf



Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
an der Bundesagentur für Arbeit
IAB

Entwicklung und Struktur von Langzeitarbeitslosigkeit in NRW

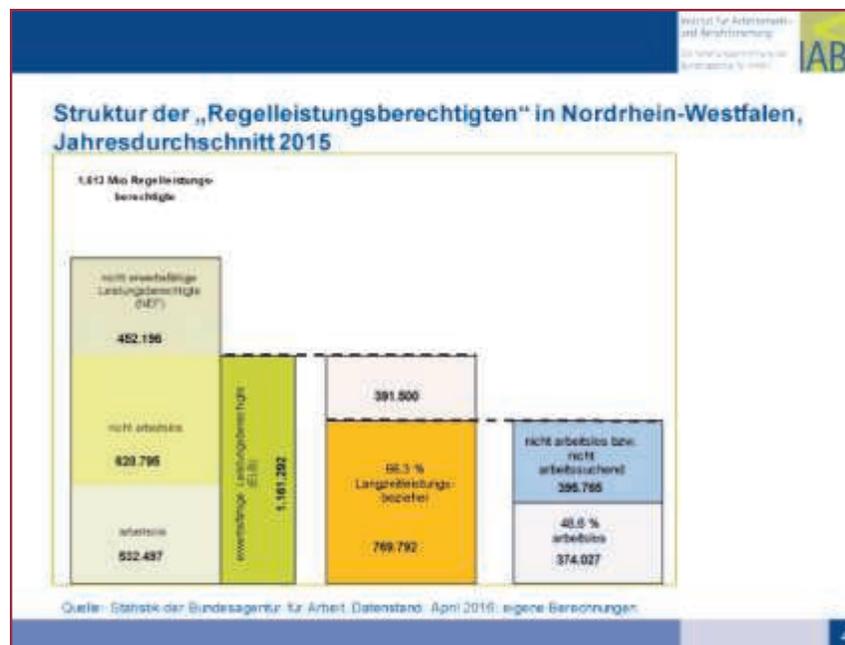
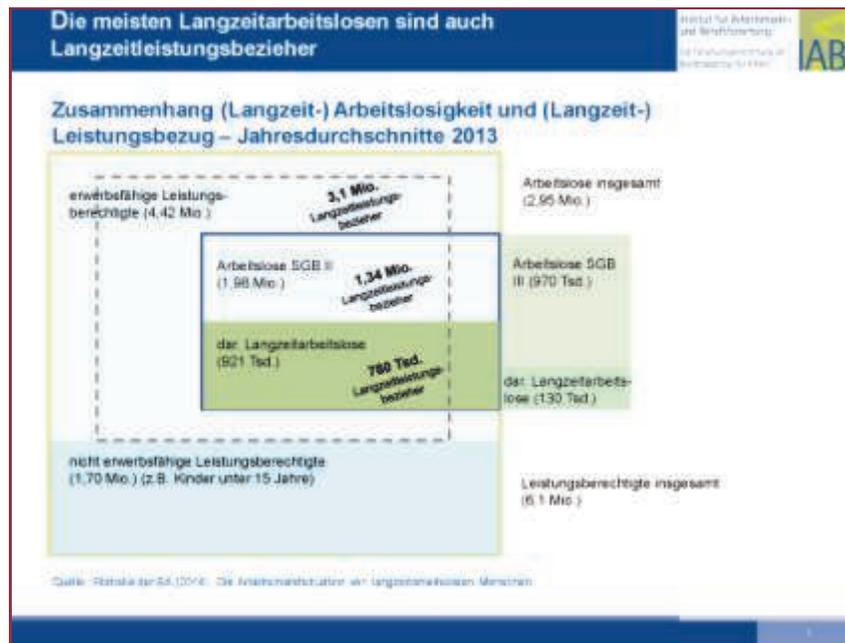
Dialogtagung
„Arbeit 4.0 – Gute Arbeit für alle ?!“
Koordinationskreis kirchlicher Arbeitsloseninitiativen
Herzogenrath, den 17.11.2016

Dr. Frank Bauer
IAB NRW

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
an der Bundesagentur für Arbeit
IAB

....Leistungsbezieher, Langzeitleistungsbezieher Arbeitslose, Langzeitarbeitslose....

3

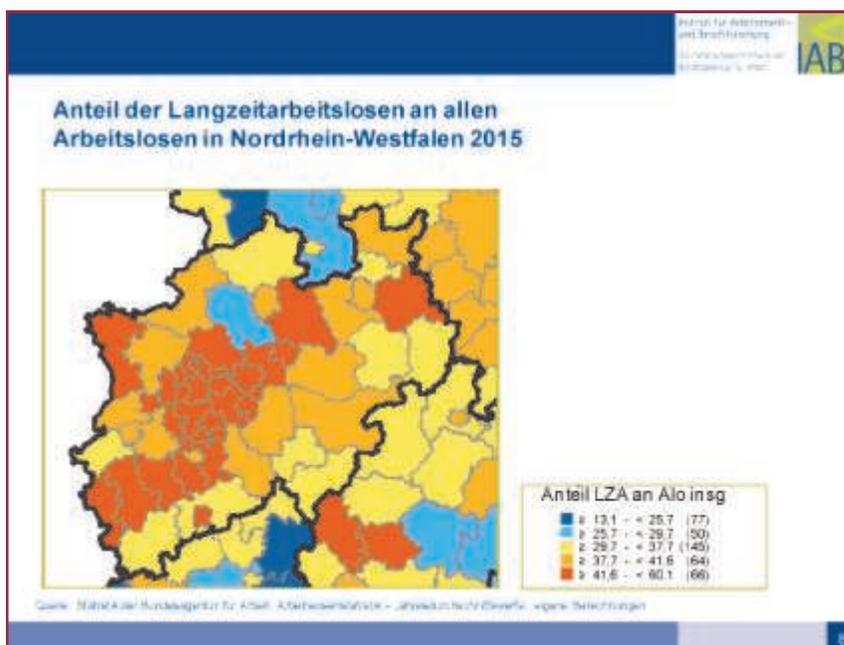
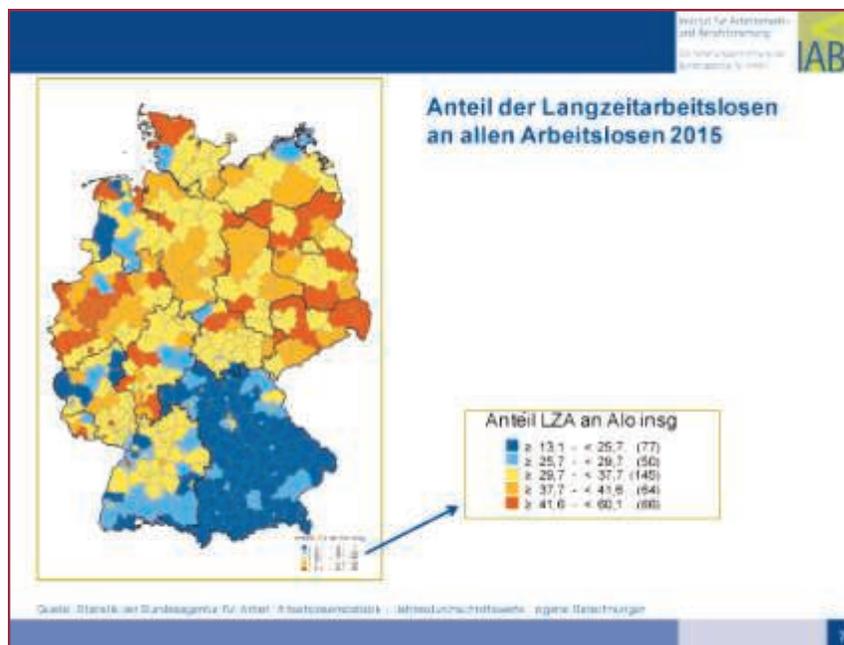


Langzeitarbeitslose Leistungsbezieher

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) – Nordrhein-Westfalen – ausgewählte Berichtsmonate, Datenstand Mai 2016
Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Struktur	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)		danter mit einer Verdauerdauer im Regelleistungsbezug SGB II von 4 Jahren und länger		Anteil mit einer Verdauerdauer im SGB II von 4 Jahren und länger
	Jun 2015	Dez 2015	Jun 2015	Dez 2015	Jun 2015
Insgesamt	1.172.326	1.150.402	551.591	543.247	47,1%
langzeitarbeitslos	266.230	290.532	180.617	178.429	63,1%
schwerbehindert	19.702	19.349	13.471	13.401	68,4%
50 Jahre und älter	90.346	97.001	70.107	69.823	71,3%
afinerziehend	38.926	38.165	27.797	27.404	71,4%
ohne Berufsausbildung	192.411	189.561	126.475	125.376	65,7%
mindestens zwei der vier Merkmale treffen zu	95.853	94.758	78.890	79.072	73,8%

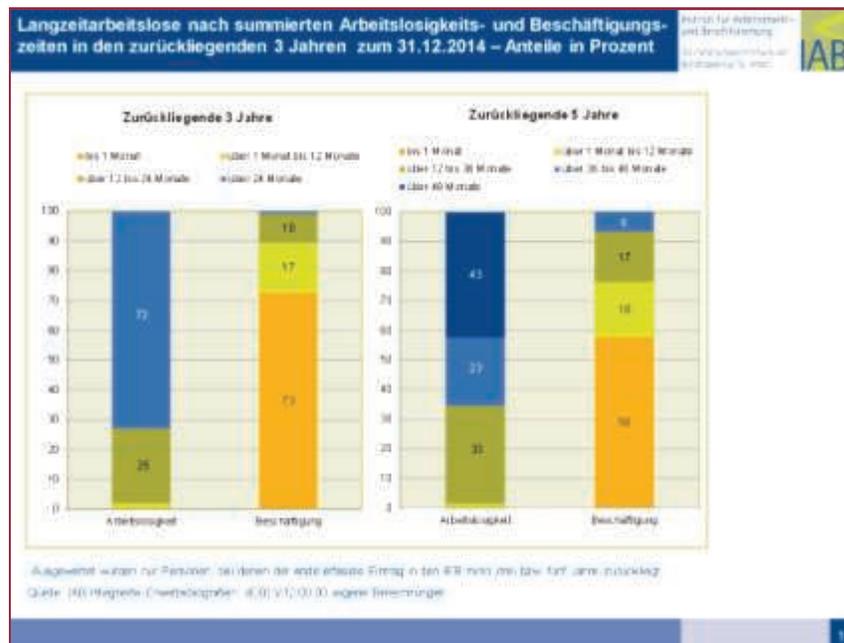
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

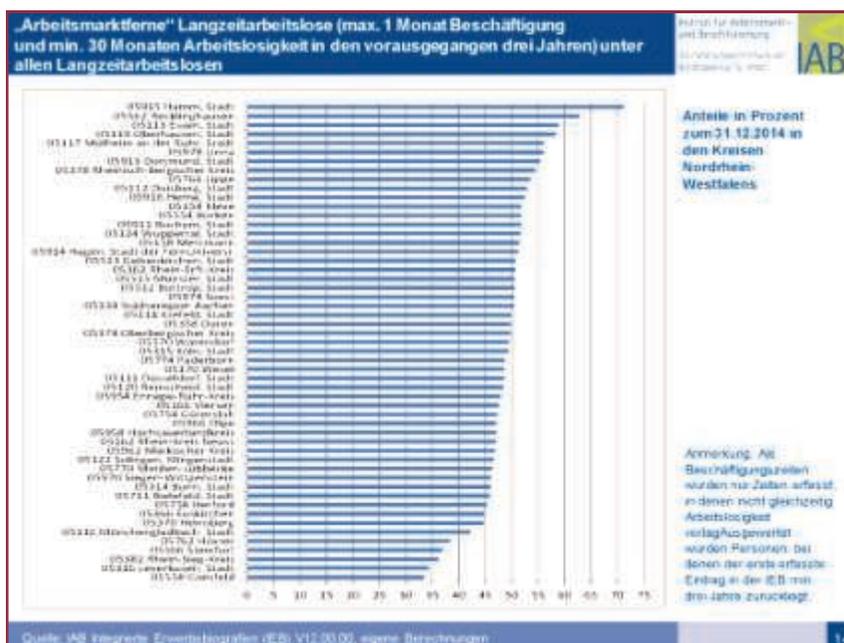
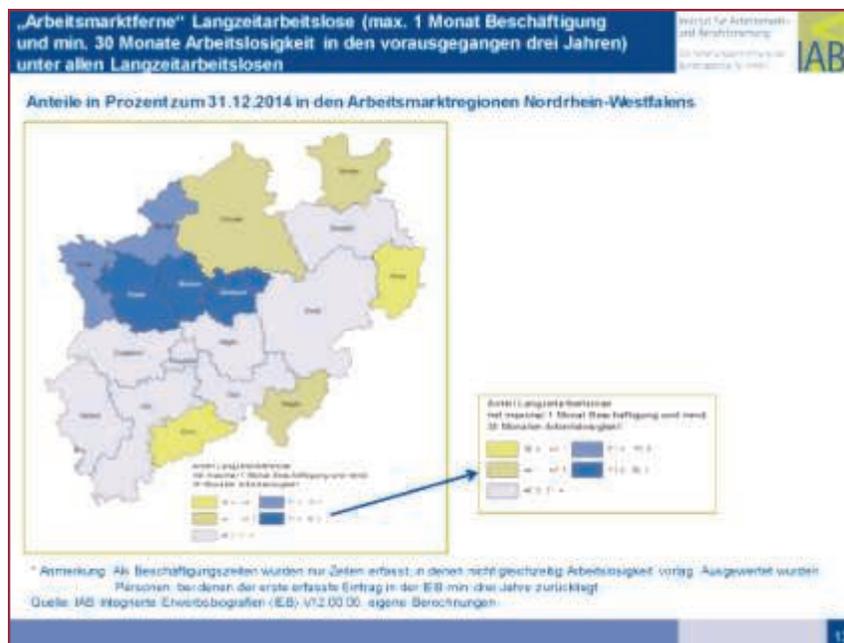
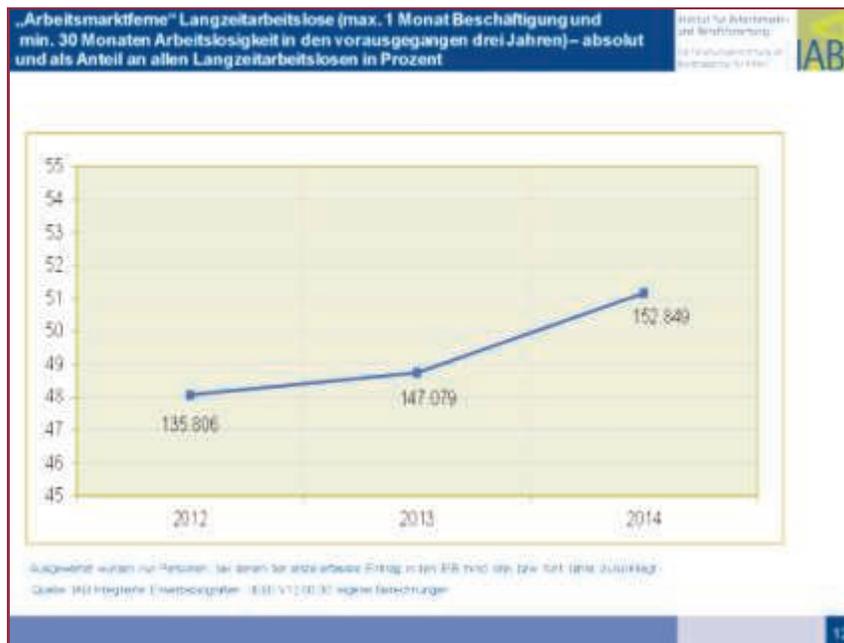


Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IAB
Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IAB

Perspektivwechsel: Erwerbsbiographien

9





Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
 IAB
 Leibniz-Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Übergänge aus Arbeitslosigkeit

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
 IAB
 Leibniz-Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Übergänge in Beschäftigung

	Alle Abgänge		Übergänge in Beschäftigung		
	Jahr	Personen	Personen	Anteil an allen Abgängen des jeweiligen Jahres (in Prozent)	Anteil am Bestand zum 31.12. des Vorjahres (in Prozent)
Arbeitslose	2012	307.142	243.188	79,1	48,9
	2013	1.029.441	286.758	28,0	48,9
	2014	1.251.858	331.954	26,5	40,2

	Alle Abgänge		Übergänge in Beschäftigung		
	Jahr	Personen	Personen	Anteil an allen Abgängen des jeweiligen Jahres (in Prozent)	Anteil am Bestand zum 31.12. des Vorjahres (in Prozent)
Langzeit-Arbeitslose	2012	186.888	54.270	29,0	11,8
	2013	198.373	36.467	18,4	12,0
	2014	217.200	37.528	17,3	11,8

	Alle Abgänge		Übergänge in Beschäftigung		
	Jahr	Personen	Personen	Anteil an allen Abgängen des jeweiligen Jahres (in Prozent)	Anteil am Bestand zum 31.12. des Vorjahres (in Prozent)
„Marktferne“	2012	33.490	8.188	24,4	5,8
	2013	37.707	7.528	20,0	5,5
	2014	47.138	7.851	16,7	5,2

* Anmerkung: Aufgewertet wurden Personen, die binnen der ersten Arbeitsucheintragung in der Statistik der Arbeitslosen registriert wurden.
 Quelle: IAB-Integrierte Erhebungsdaten (IEB-V12.00.00) eigene Berechnungen

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
 IAB
 Leibniz-Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Übergänge des Jahres 2014 nach Art der Beschäftigung

	Alle Arbeitslosen	Alle Langzeitarbeitslosen	„Arbeitsmarktferne“ Langzeitarbeitslose ¹
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	87	82	82
Geringfügige Beschäftigung	3	6	7
Ausbildung	3	3	1
Sonstige Beschäftigung	1	1	1
Geförderte Beschäftigung	4	8	8
Geförderte Selbstständigkeit	1	0	0
Insgesamt	100	100	100

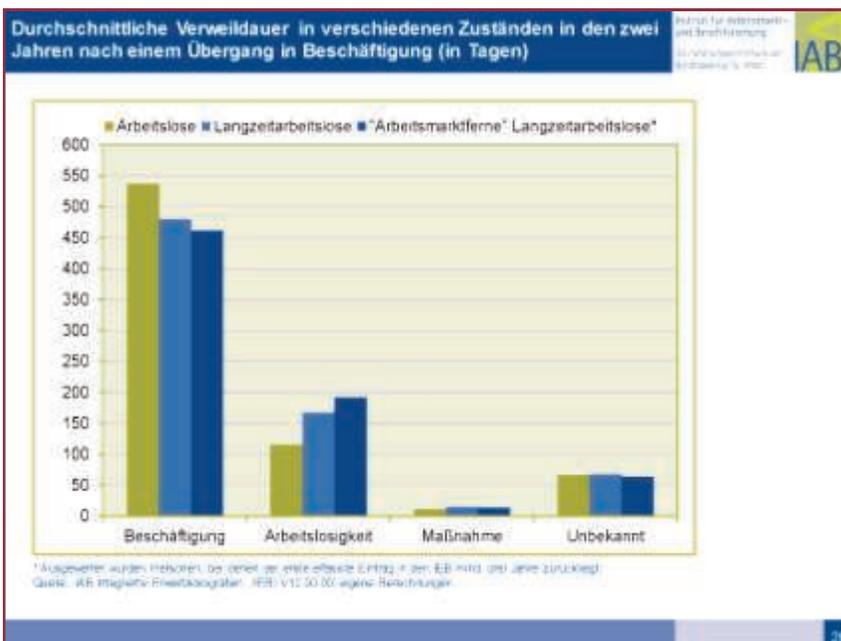
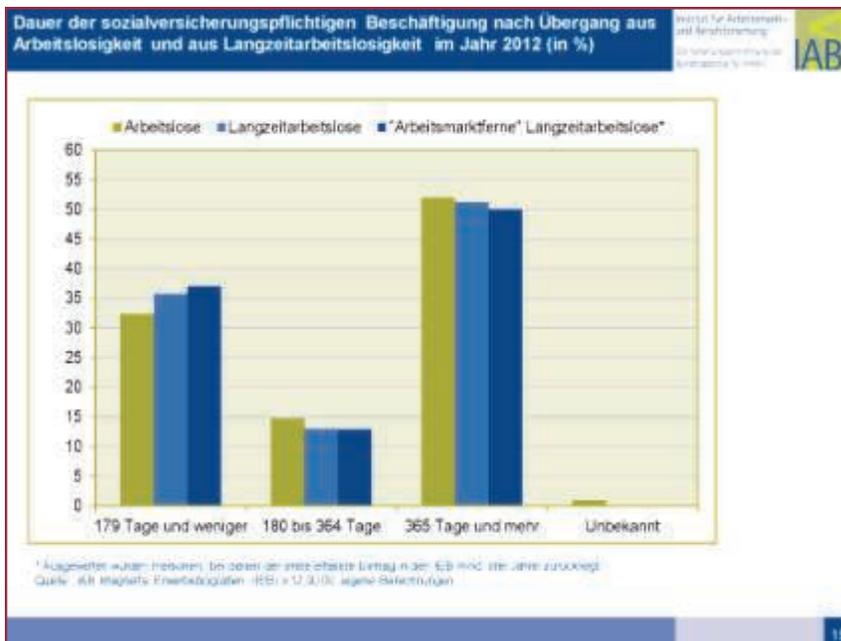
1) Aufgewertet wurden Personen, die binnen der ersten Arbeitsucheintragung in der Statistik der Arbeitslosen registriert wurden.
 Anm.: Aufgewertet wurden Personen, die binnen der ersten Arbeitsucheintragung in der Statistik der Arbeitslosen registriert wurden.
 Quelle: IAB-Integrierte Erhebungsdaten (IEB-V12.00.00) eigene Berechnungen

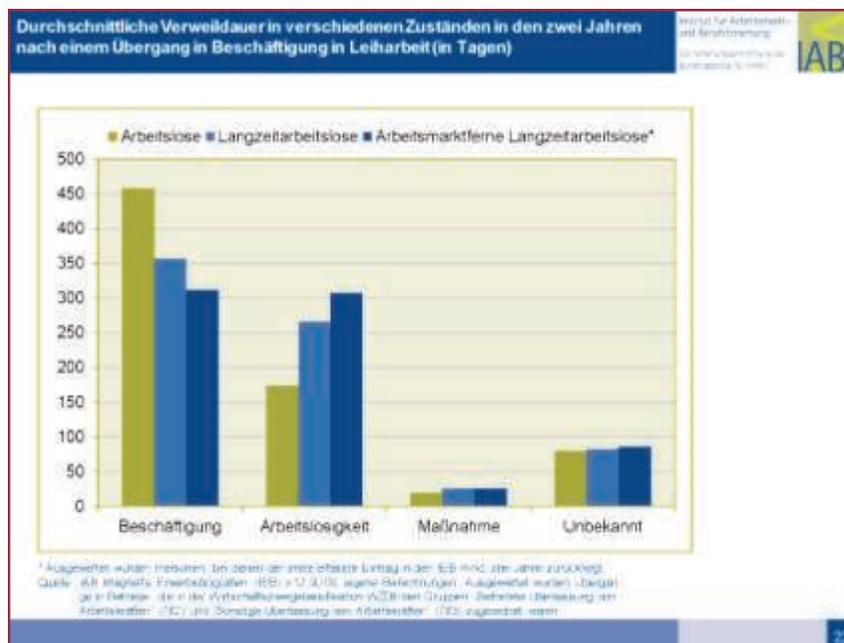
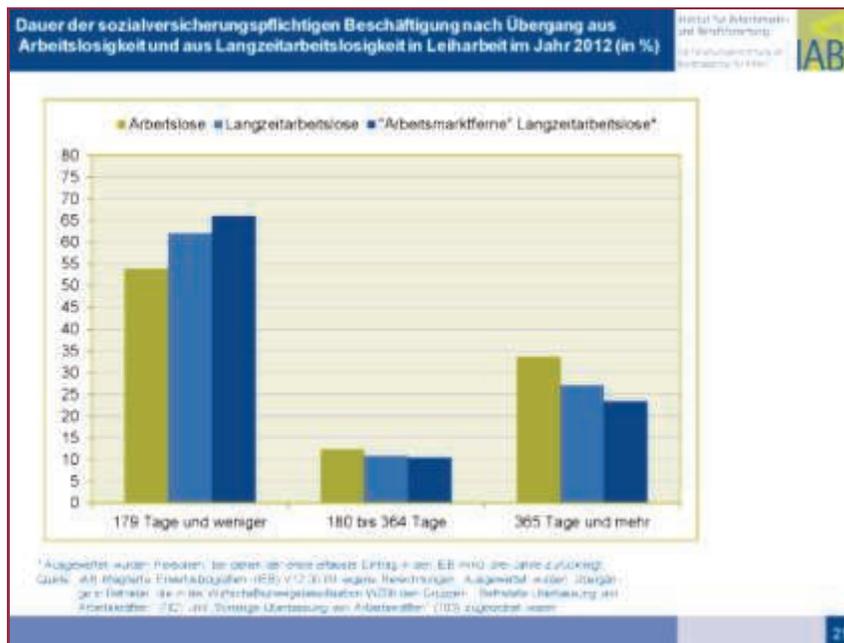
Übergänge des Jahres 2014 in sozialversicherungs- pflichtige Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen (in %)

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IAB
Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
Universitätsbibliothek Bonn

Wirtschaftszweig	Alle Arbeitslosen	Alle Langzeitarbeitslosen	„Arbeitsmarktfremde“ Langzeitarbeitslose*
Verwaltung und Überwachung von Arbeitsstätten	25 (1)	25 (1)	22 (1)
Einzelhandel (ohne Handel mit Kfz)	8 (2)	10 (2)	11 (2)
vorwiegend Routinearbeiten (Montierarbeiten und sonstiges Ausbaugewerbe)	8 (3)	4 (5)	4 (5)
Gesundheits- u. Soz. u. Land- u. Forstwirtschaft	4 (4)	8 (3)	11 (2)
Gastronomie	4 (5)	6 (4)	7 (6)
Gesundheitswesen	4 (5)		
Gründer (ohne Handel mit Kfz)	4 (7)	3 (5)	3 (5)
Sozialwesen (ohne Heime)	3 (8)	3 (8)	4 (7)
Heime (ohne Erziehung und Fachberatung)	3 (9)		
Erziehung und Unterricht	2 (10)		
Landverkehr und Transport (Rundreisen)		3 (7)	4 (6)
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen		3 (9)	3 (5)
sonstige Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den privaten		3 (10)	3 (5)

1. * Ausgewertet wurden nur Personen, bei denen der erste offizielle Antrag in der EB nicht über Jahre zurückliegt.
2. Abm. = in Kombination mit Merkmalen des Wirtschaftszweigs hinsichtlich der Häufigkeit in der jeweiligen Kategorie angegeben.
Quelle: IAB-Integrierte Erhebungsdaten (IAB) V12 2014 eigene Berechnungen





Fazit

Institut für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsforschung
an der Universität zu Köln **IAB**

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Dr. Frank Bauer
IAB Regional Nordrhein-Westfalen
Josef-Gockeln-Str. 7
40474 Düsseldorf
0211/4306-497
frank.bauer6@iab.de
www.iab.de

Institut für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsforschung
an der Universität zu Köln **IAB**

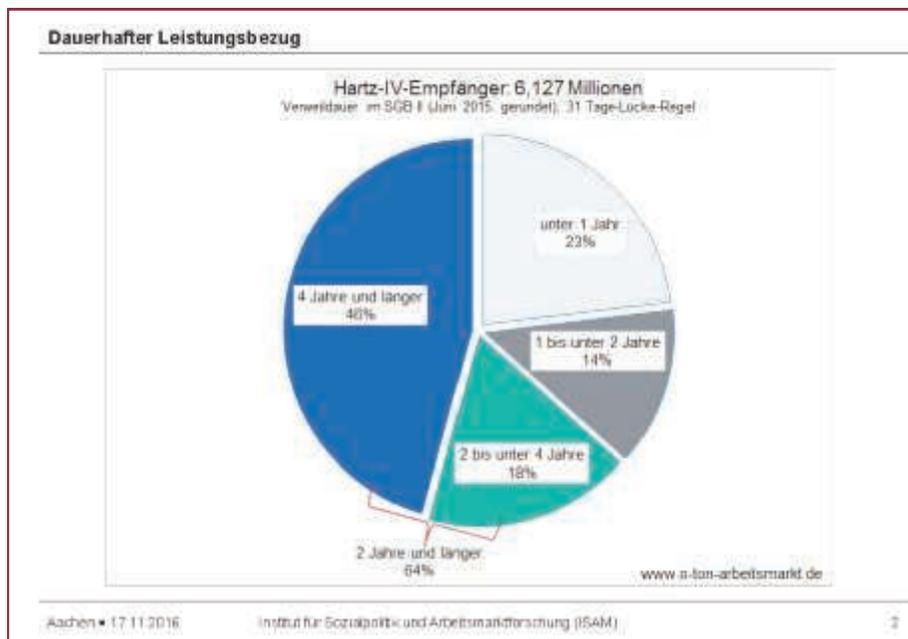
Publikationen

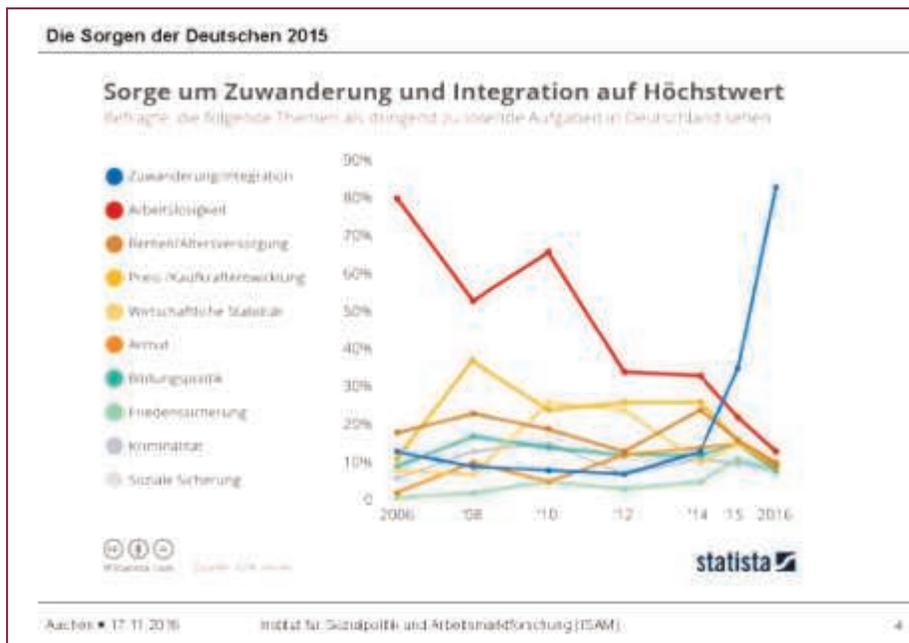
- Langzeitarbeitslosigkeit IAB regional
- http://doku.iab.de/regional/NRW/2016/regional_nrw_0216.pdf
- IAB Kurzbericht
 - <http://doku.iab.de/kurzber/2016/kb1016.pdf>
- IAB Forschungsbericht
 - <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2016/fb0716.pdf>
- Kurzfassung (Landtagsdrucksache)
 - <http://www.iab.de/389/section.aspx/Publikation%3A160504v01>

25

Zukunftswerkstatt SGB II - Teilhabe in der Grundsicherung

Tim Obermeier,
Hochschule Koblenz, Institut für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM)





Mediale Wahrnehmung

Freut euch doch endlich!
(Deutschland) erhält ein Wunder an Arbeitsplätze. Wirtschaften wie nie zuvor!

Arbeitsplätze

Arbeitsplätze: Arbeitsplätze wieder in stetiger Verlesung

Arbeitsplätze: Arbeitsplätze wieder in stetiger Verlesung

Zahl der Erwerbstätigen steigt auf Rekordhoch

In Deutschland sind so viele Menschen erwerbstätig wie weder in Frankreich noch in den USA. Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist auf ein Rekordhoch von 38,1 Millionen gestiegen.

Rückläufige Beschäftigung: Das deutsche Arbeitsmarktwunder geht weiter

Weniger Arbeitslose, mehr Erwerbstätige und viel mehr offene Stellen: Der deutsche Arbeitsmarkt ist in einer überdurchschnittlichen Verfassung, zeigen neue Zahlen.

Aachen • 17.11.2016 Institut für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM) 5

„Fragile Mitte- Feindselige Zustände“

Zustimmung zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland und differenziert nach Ost- und West (Angaben in Prozent)

Tabelle 4.3.1

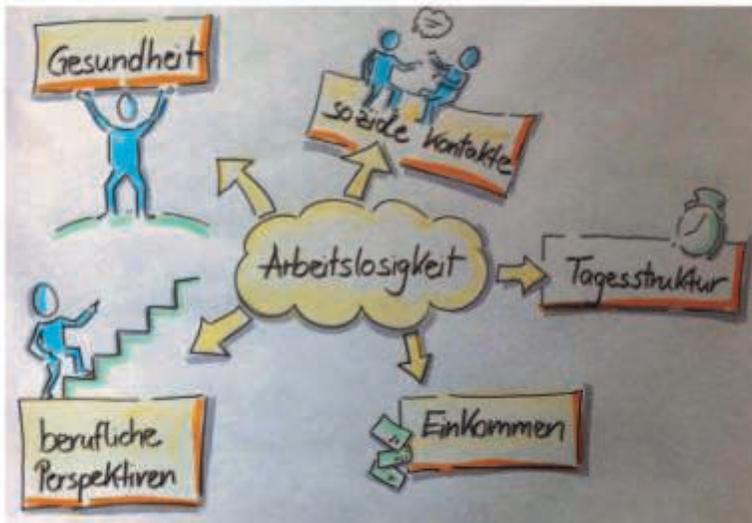
	Gesamt (n = 1.910)	West (n = 1.491)	Ost (n = 385)
Abwertung langjararbeitsloser Menschen	47,8	46,1	55,4
Rassismus	29,7	31,1	11,1
Feindseligkeit	20,1	18,2	26,9
Antisemitismus	8,5	7,8	11,6
Abwertung behinderter Menschen	4,1	4,1	4,1
Abwertung homosexueller Menschen	11,8	10,5	15,3
Abwertung wohnungsloser Menschen	18,7	17,1	22,9
Tabuisierung von Krankheiten	38,1	37,4	41,6
Sexismus	10,8	10,9	10,2
Abwertung epileptischer Menschen	44,3	42,4	52,8
Abwertung von Sinti und Roma	26,6	24,5	30,1
Islamfeindlichkeit	17,5	16,1	23,5

Aachen • 17.11.2016 Institut für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM) 6

Wandel der Arbeit

- **Bedeutungswandel der (Erwerbs-)Arbeit: Vom notwendigen Übel zur zentralen Vergesellschaftungsinstanz**
 - Sicherung des Lebensunterhalts (Einkommen)
 - soziale Integration (Status)
- **Status des Erwerbstätigen nur mit wenig anerkannten Alternativen**
 - (Aus-)Bildung
 - (partiell) Kindererziehung
 - Erwerbsunfähigkeit (mit enger Definition)
 - Rente
- **Arbeit erfüllt in modernen Gesellschaften bestimmte Bedürfnisse**
 - Alltagsstruktur
 - Sozialbeziehungen über den engen Familienkreis hinaus
 - Gefühl an kollektiven Vorhaben teilzunehmen
 - Status und Identität
 - regelmäßige Aktivität

Arbeitslosigkeit und soziale Teilhabe



Subjektives Teilhabe-Empfinden



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAB (2011): Leiharbeit und betriebliche Beschäftigung. Soziale Teilhabe ist eine Frage von Zahlen. IAB-Kurzbericht 04/2011. Nürnberg.



Wahlbeteiligung – Die OB-Wahl in Bonn als Beispiel




Verwandte Suchanfragen zu Bonn Tannenbusch

- Bonn Tannenbusch Kriemhild
- Bonn Tannenbusch grotte
- Bonn Tannenbusch nachrichten
- Bonn Tannenbusch cafe
- Bonn Tannenbusch anbahnung
- Bonn Tannenbusch wohnen

Wahlbeteiligung

Durchschnitt: 40,9%

Bonn-Tannenbusch: 26,2%

Bonn-Südstadt: 54,7%

Verwandte Suchanfragen zu Bonn Südmarkt

- Bonn Südmarkt Kriemhild
- Bonn Südmarkt grotte
- Bonn Südmarkt nachrichten
- Bonn Südmarkt cafe
- Bonn Südmarkt anbahnung
- Bonn Südmarkt wohnen

Aachen 17.11.2016 Institut für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM) 12

Ergebnisse III – Zugang zur sozialen Teilhabe

Für die Gesellschaft sinnvoll
so mehr Verantwortung anbringen
die Teilhabe ermöglichen
die Integration ermöglichen

Genügend Freizeitangebote für jung und alt
"Der Junge lernt vom alten!"

Fahrtkosten	Leistungserbringung	Arbeitslohn
Innenekosten (ohne Werbung)	Umsatzsteuer	Geld für Kultur

Aachen • 17.11.2016 Institut für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM) 16

Die Zukunftswerkstätten – Fantasie der Menschen

Gruppe 1

Leitfaden: Identifizierung

12 Jahre + 10 Jahre + 10 Jahre

Das Leitfaden GEFIEN

Feststellung

SSGB für die...

LERNEN MIT 100 JAHRE GELD IN

Respekt und Anerkennung

2016 - 2017 - 2018

Aachen • 17.11.2016 Institut für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM) 17

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Tim Obermeier
Institut für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM)
Hochschule Koblenz
Joseph-Rovan-Allee 2
53424 Remagen
Tel. +49 (0)2642/932-397
Mail: obermeier@hs-koblenz.de
Internet: www.hs-koblenz.de/isam

Zum Weiterlesen:

Obermeier, Tim; Schultheis, Kathrin: Zukunftswerkstatt SGB II Teilhabe in der Grundsicherung. Remagener Beiträge zur Sozialpolitik 17-2015. Remagen.

Download unter www.hs-koblenz.de/isam

Aachen • 17.11.2016 Institut für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM) 18

Arbeit 4.0. - Was passiert mit den Abgehängten?

Prof. Dr. Franz Segbers, Universität Marburg

1. These: Industrie 4.0 ist ein Label, unter dem die nächste Welle eines Technikeinsatzes diskutiert wird, der die Automatisierung von Produktions- und produktionsbezogener Dienstleistungsarbeit vorantreiben soll.

Gerhard Hauptmann hat ein literarisches Zeugnis der ersten industriellen Revolution hinterlassen. 1892 erschien sein Drama „Die Weber“. Es wurde sogleich verboten und konnte erst ein Jahr später in einem Theater uraufgeführt werden. Gerhard Hauptmann schildert den Aufstand der Weber in Schlesien im Jahr 1844 gegen die neuaufkommende Technik. In der ersten industriellen Revolution wurden handwerkliche Fertigkeiten wie die der Weber, an mechanische Werkzeuge ausgelagert – die Mechanisierung. In der zweiten industriellen Revolution wurde menschliche Arbeitskraft in elektrische oder Dampf getriebene Energie ausgelagert. Die dritte industrielle Revolution besteht darin, dass Teile des menschlichen Denkens in Computer ausgelagert wird – die Informatisierung. Mit Arbeit 4.0 wird eine vierte industrielle Revolution bezeichnet. Industrie 4.0 bedeutet, dass Produktionsprozesse elektronisch gesteuert werden. Nach den bisherigen industriellen Revolutionen geht es nun um die Vernetzung der virtuell-digitalen und physischen Welt sowie maschinelles Lernen in der Produktion. Industrie 4.0 ist ein Label, der die Automatisierung von Produktions- und produktionsbezogener Dienstleistungsarbeit beschreibt. Diesem Konzept zu Folge sollen in Zukunft Produktionssysteme in der Lage sein, sich weitgehend autonom zu steuern und zu optimieren. Es liegt auf der Hand, dass solche Systeme – sofern sie sich durchsetzen – die bisherigen Arbeitsformen in der industriellen Produktion nachhaltig verändern werden. Betroffen sein werden davon nicht nur die operativen Tätigkeiten auf der Werkstattebene, sondern auch indirekte Funktionen und die Leitungsebenen.

Auf der einen Seite stehen Glanzbilder von großen Beschäftigungs- und Innovationsgewinnen und einer Entlastung der ArbeitnehmerInnen. Auf der



Prof. Dr. Franz Segbers, Professor für Sozialethik an der Universität Marburg

anderen Seite stehen Befürchtungen eines massenweisen Jobverlustes, wenn heutige Berufe durch vernetzte Roboter überflüssig gemacht werden. Immer dann, wenn es technologische Innovationen im Sinne einer Revolution gab, kam die Sorge auf, dass der Gesellschaft die Arbeit ausgehe. Das war nach Erfindung der Dampfmaschine, der Elektrizität, der Roboter und der Computer so.

Industrie 4.0 ist kein naturwüchsiger Prozess sondern eine Antwort auf spezifische Probleme des Kapitalismus. Die Debatte um Industrie 4.0 kreist um den Standort im globalen Wettbewerb. Die Belegschaften sollen noch effizienter und intensiver arbeiten. Es geht um Industriearbeit, kein einziges Wort gibt es über personennahe Dienste, also über die Sektoren Pflege, Gesundheit, oder Bildung.

2. These: Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit nicht aus.

Es gibt Studien, die vorrechnen, dass bis 2030 die Hälfte aller Arbeitsplätze durch die Automatisierung vernichtet werden könnte. Darauf reagieren die Vorstände der Tech-Konzerne mit einer Debatte, die erstaunt. Sie fragen, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht ein geeignetes Mittel wäre, um dem von Maschinen ins Abseits gedrängten Arbeitnehmer unter die Arme zu greifen? In der ZEIT fordert Telekom-Chef Höttges ein Grundeinkommen, finanziert durch Gewinne der Internetkon-

zerne. „Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann eine Grundlage sein, um ein menschenwürdiges Leben zu führen“, sagte Höttges im Interview mit der ZEIT: „Wir müssen unsere Gesellschaft absichern. Deswegen die Idee des Grundeinkommens. (...) Es könnte eine Lösung sein – nicht heute, nicht morgen, aber in einer Gesellschaft, die sich durch die Digitalisierung grundlegend verändert hat.“ Finanziert werden könnte das Grundeinkommen durch die Besteuerung der Gewinne großer Internetkonzerne. „Wenn Produktivität zukünftig vor allem an Maschinen und die Auswertung von Daten gekoppelt ist, könnte die Besteuerung stärker auf den darauf beruhenden Gewinnen aufbauen und weniger auf der Einkommensteuer des Einzelnen“, sagte Höttges. „Die Gewinnbesteuerung ist wahrscheinlich der richtige Weg.“ Der Grund: Sie fürchten Aufstände, wenn immer mehr Menschen durch die Automatisierung ihre Jobs verlieren oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen landen. Die Überflüssigen sollen beruhigt werden.

Mitten in der Hochphase der Arbeitsgesellschaft hatte die Philosophin Hannah Arendt für diese Entwicklung ein Wort geprägt, dass immer wieder aufkommt: „Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus“. „Wir wissen“, so Hannah Arendt, „dass aufgrund der voranschreitenden Automation die Fabriken sich in wenigen Jahren von Menschen geleert haben werden“ und dass die Menschheit „von der Last der Arbeit“ (1967: 12) befreit werde. Doch dieser Segen werde zum Verhängnis, zum Fluch, denn niemand wisse mehr vom Wert dieser Befreiung. Prägnant schreibt sie: „Was uns bevorsteht ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“ (1967: 13) Seitdem wird diese Aussicht immer wieder erneuert. André Gorz spricht 1981 vom „Abschied vom Proletariat“ und fordert dann später ein bedingungsloses Grundeinkommen. Claus Offe beklagt 1984 auch das Schwinden von Arbeit und fordert dann auch ein bedingungsloses Grundeinkommen. Erwerbsarbeit zu ersetzen, erscheint hier nicht als Defizit sondern geradezu als Effizienz und Dynamik des Systems. Der rückläufige Bedarf an menschlicher Arbeitskraft ist nichts anderes als das, was seit Beginn der Industrialisierung immer schon stattgefunden hat. 1994 prophezeite Jeremy Rifkin das nahe Ende der Erwerbsarbeit.

Die These von der „Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht“ ist falsch. Nüchternheit ist angesagt. Technologischer Fortschritt ist so alt wie die Menschheit, und zumindest bisher ist die Arbeit nicht ausgegangen. Andererseits darf man es sich aber auch nicht zu leicht machen: So ging der Wandel weg von herkömmlicher Fabrikarbeit seit den 70er Jahren mit einem starken Aufbau struktureller Arbeitslosigkeit vor allem von Niedrigqualifizierten einher. Noch nie gab es trotz all dieser Unkenrufe in Deutschland so viele Erwerbsarbeitsplätze wie derzeit. Die Arbeitslosenquote geht zurück. Die Fabriken sind nicht menschenleer und der Gesellschaft sind weder Arbeit noch Arbeitsplätze ausgegangen. Die empirische Arbeitsmarktforschung meldet Rekordwerte für das Arbeitsvolumen und Arbeitsplätze. Und die arbeitsfreie Zeit wird nicht als Fluch verstanden, sondern als Zeitwohlstand und Gewinn an Lebensqualität.

Und dennoch: Hannah Arendt legt den Finger auf die Wunde und kann uns helfen, die Trends klarer zu sehen, mit denen sich die Zukunft andeutet. Sie warnte davor, dass der Mensch zu einem bloßen Anhängsel der Technik wird und auch abseviert wird, wenn er nicht mehr gebraucht wird. Auch Ralph Dahrendorf nimmt auf dem Soziologenkongress im Jahr 1982 das Wort vom Ende der Arbeit auf und hat seine Diagnose mit einer weitsichtigen und jetzt hochaktuellen Warnung verbunden. Anstatt sich von der Zentralität der Erwerbsarbeit zu verabschieden, werde ein Entwicklungspfad arbeitsgesellschaftlicher Verschärfung beschränkt: „Es ist daher nötig, im Sinne zu behalten, dass der Arbeitsgesellschaft zwar die Arbeit ausgeht, ihre Herren aber alles tun, um die Arbeit wieder zurückzuholen und den Weg zu einer Gesellschaft der Tätigkeit zu verbauen.“ Dies geschieht in Zeiten von Hartz IV mit dem politischen Slogan wie „Jeder Arbeit ist besser als keine Arbeit“ oder „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Dieses Motto zeigt das Ziel der Hartz-Gesetze, durch Erwerbsarbeit um jeden Preis und zu jedem Preis in die Gesellschaft zu integrieren. Jede nicht sittenwidrige Arbeit wird ohne eine untere Lohngrenze oder Ausbildungsschutz als zumutbar erklärt. Hartz IV setzt Teilhabe an Erwerbsarbeit und Integration in die Gesellschaft gleich. Diese Verengung auf Erwerbsarbeit führt dazu, dass Menschen auf Arbeitsmärkte getrieben werden, obwohl existenzsichernde Arbeitsplätze nicht mehr in ausreichender Anzahl bereit stehen.

Eine andere Erklärung hat der Soziologe Klaus Dörre, wenn er von einer finanzmarktgetriebenen Landnahme spricht. Er meint damit eine Entwicklung, die von der Ökonomisierung und der Technologie vorangetrieben wird und die Arbeitsplätze, Arbeitsinhalte und Produktionsprozesse vernichtet. Dabei werden aber immer neue Märkte geschaffen, so beispielsweise durch die Privatisierung von Sorge- oder Carearbeit, in die man Kapital investieren kann, um Renditen zu erwirtschaften. Die Akteure der Finanzmärkte, also Finanzinvestoren und Banken, schleifen alle sozialen Errungenschaften, mit denen bislang der Kapitalismus zivilisiert worden war: also Arbeitsrecht, Tarifverträge, Sozialversicherungen. Der Kapitalismus weitet sich immer mehr aus und zwingt auch Lebensbereiche, die zuvor noch nicht vom Markt betroffen waren unter die Gesetze des Marktes. Landnahme - immer mehr Land wird übernommen und von der kapitalistischen Logik besetzt, da immer mehr Felder gesucht werden, auf denen das Kapital verwertet werden kann.

3. These: Die technologische Entwicklung der Digitalisierung ist kein Naturprozess, sondern Teil einer kapitalistischen Landnahme

Jean Fourastié hatte bereits in den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts die Expansion von Dienstleistungsarbeit prognostiziert. Doch anders als erwartet entstand nicht eine gut bezahlte, wissensintensive und von Autonomie geprägte Dienstleistungsgesellschaft. Die Entstehung von Dienstleistungen führte auch zur Prekarisierung und Etablierung von Niedriglohnbeschäftigung. Es kommt ein neues Proletariat auf: Das Dienstleistungsproletariat. Christoph Bartmann spricht gar von einer „Rückkehr der Diener“. Essen wird beim Lieferservice bestellt, die Wohnung wird von Migrantinnen gesäubert und die Pflege der Alten übernehmen Polinnen. Schleichend kehrt die überwunden geglaubte Dienstbotengesellschaft zurück. Prekarität wird zum Dauerzustand.

Oliver Nachtwey spricht von einer Abstiegsgesellschaft. Sie besteht nicht allein darin, dass die soziale Ungleichheit zunimmt, sondern dass die Arbeitsverhältnisse erschüttert werden. Prekäre Arbeit nimmt zu, Arbeit von der man nicht leben kann, Arbeit, die nicht einmal die Grundfunktion erfüllt, nämlich von Arbeit seinen Lebensunterhalt erwirt-

schaften zu können. Es entsteht eine Vollerwerbsgesellschaft, die sich von der Vollbeschäftigung unterscheidet. Die Politik verweist gern auf die Erfolgsmeldung: Die Arbeitslosenzahlen sinken und die Beschäftigung steigt. Es ist aber ein Fortschritt, der den Rückschritt in sich trägt. Denn hinter der Erfolgsstatistik verbirgt sich eine dramatische Entwicklung: Es entsteht eine Vollerwerbsgesellschaft, in der alle irgendwie beschäftigt sind, auch zu Niedriglöhnen und ohne soziale Sicherheit. Eine neue Gestalt des Fürsorgearbeitnehmers ist entstanden. Es ist ein Arbeitnehmer, der arbeitet und doch seinen schmalen Lohn mit Fürsorgeleistungen aufstocken muss. Ob mit oder ohne Arbeit – an der miserablen Lage hat sich nichts verändert. Aus arbeitslosen Armen sind nur arbeitende Arme geworden. Der Niedriglohnsektor ufert aus.

Für eine umfassende Bewertung der ökonomischen Wirkungen von Industrie 4.0 ist eine Vielzahl von Effekten zu berücksichtigen; das Verschwinden von Arbeitsplätzen ebenso wie die Schaffung von Neuem, Wandlung von Anforderungen, effizientere Prozesse und neue Produkte, volkswirtschaftliche Kreislaufzusammenhänge, Anpassungen von (Arbeits-) Angebot und Nachfrage, Preis- und Mengenreaktionen. Eine solche breit angelegte Studie für Deutschland haben das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das Bundesinstitut für Berufsbildung und die Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforschung vorgelegt. Im Szenario ergibt sich eine zunehmende Wertschöpfung, die bei steigender Produktivität und höheren Anforderungen an die ArbeitnehmerInnen vor allem in wachsenden Lohnsummen resultiert. Beim Beschäftigungsbestand zeigen sich keine wesentlichen Änderungen; in der Summe ist Industrie 4.0 also weder eine Jobmaschine noch eine Beschäftigungsvernichterin. Dahinter kommt es allerdings zu deutlichen Bewegungen: In den aus 54 Berufsfeldern und 63 Wirtschaftszweigen bestehenden Zellen gehen innerhalb von zehn Jahren über das Basisszenario hinaus 490.000 Arbeitsplätze verloren, während anderweitig 430.000 neu geschaffen werden. Deshalb sollte man sich nicht von interessen geleiteten Zukunftsvisionen, die mit Industrie 4.0 derzeit durchs Dorf getrieben werden, irritieren lassen.

Der erste empirische Forschungsbericht des IAB (11/2015: 22) kommt zu dem Ergebnis: „Die Ergebnisse des Forschungsberichtes belegen, dass die

Befürchtungen eines massiven Arbeitsplatzabbaus im Zuge einer weiterführenden Digitalisierung derzeit eher unbegründet sind. Etwa 15 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind in Deutschland mit einem sehr hohen Substituierbarkeitspotenzial konfrontiert. Im Gegensatz zu anderen Studien stellen wir fest, dass nicht nur Helferberufe, sondern auch Fachkraftberufe einem hohen Substituierbarkeitspotenzial durch computergesteuerte Maschinen unterliegen. Erst Spezialisten- und Expertenberufe sind mit einem niedrigeren Substituierbarkeitspotenzial verbunden.“ Im „Weißbuch der Bundesregierung“ wird davon ausgegangen, dass es keine massenhafte Automatisierung von Arbeitsplätzen geben werde. Andere wiederum gehen davon aus, dass der Wegfall jedes zweiten Arbeitsplatzes in Deutschland durch Automatisierung eine mögliche Zukunft darstellen könne. Wie auch immer die Prognose lautet, die Frage ist: Wie kann man sich auf diese Möglichkeit vorbereiten?

Was mit Industrie 4.0 bezeichnet wird, trifft auf eine Arbeitswelt, die sich seit vielen Jahren im Umbruch befindet. Im Feld der Arbeit zeichnen sich schon seit Jahren Trends ab, welche durch die Digitalisierung sich beschleunigen könnten: Vermarktlichung der Arbeitsorganisation, Entgrenzung von Arbeitszeiten und neue Formen des sog. Arbeitskraft-Unternehmers und der Subjektivierung von Arbeit. Deshalb gilt es hier und heute für mehr Humanität zu kämpfen.

4. Die Digitalisierung enthält auch Potenziale der Humanisierung. Sie bedeutet weniger Verschleiß von Arbeitskraft, Arbeitserleichterung und Anreicherung von Arbeitsinhalten. Doch ob sich die Humanisierung gegen die Rationalisierung durchsetzen wird, entscheidet sich in konfliktreichen Aushandlungsprozessen.

Wenn Unternehmer von Industrie 4.0 sprechen, dann reden sie von einer Revolution. Man sollte Industrie 4.0 nüchtern als einen ernstzunehmenden Evolutionsprozess sehen, der steuerbar ist, und nicht als eine plötzlich über uns herein brechende Revolution. Die Arbeitskraft wird ein bestimmender

Produktionsfaktor bleiben. Gerade in Zeiten des Umbruchs muss daher die Aufnahme von Kämpfen um eine humane Gestaltung der Arbeitswelt heute bedeuten, um den Weg in die Zukunft der Arbeit zu gestalten.

Welche Felder werden dies sein, wo diese Konflikte ausgetragen werden? Vier solche Felder möchte ich darstellen:

1. Konflikt um Einkommen

Die beiden Forscher Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee von der Sloan School of Management an der Technischen Universität MIT in Cambridge ¹ zeichnen zwar ein grundsätzlich optimistisches Bild der Hightech-geprägten Zukunft. Sie sind aber überrascht darüber, dass die digitalen Innovationen dazu beitragen, dass das Durchschnittseinkommen der Amerikaner stagniert und dass so viele Arbeitsplätze mit mittleren Qualifizierungsanforderungen wegfallen. Die Wirtschaftsdaten zeigen steigende Produktivität, aber gleichzeitig stagniert oder sinkt das Einkommen gerade in den Mittelschichten. Hier zeigt sich eine neue Entwicklung. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind Beschäftigung und Löhne genauso stark wie Wirtschaftsleistung und Produktivität gewachsen. Doch in den 80er Jahren geriet das Wachstum des durchschnittlichen Haushaltseinkommens ins Stottern. Inflationbereinigt verdient ein Arbeitnehmer in den USA heute weniger als 1998. Die beiden Hälften des Wohlstandskreislaufs hängen nicht mehr zusammen: Der gesamtwirtschaftliche Reichtum im Sinne von Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Produktivität setzt den Aufwärtstrend fort, während es mit dem Einkommen für die typischen Arbeitnehmer bergab geht. Obwohl der Einsatz von Maschinen stetig zugenommen hat und die Bevölkerung seit nahezu 200 Jahren rapide wächst, ist der Wert der menschlichen Arbeit gestiegen. Dies schlug sich auch in einem stetigen Anstieg der Löhne und Gehälter von durchschnittlichen Arbeitnehmern nieder, und so ist die Auffassung entstanden, dass der technische Fortschritt allen zugutekommt. Doch diese Art von Erfolg stellt sich nicht mehr automatisch ein. Dieses Phänomen bezeichnen die beiden Forscher als „die große Abkopplung“.

In den meisten Industrieländern sind ähnliche Trends zu beobachten. Die Einkommensunterschiede wurden in den vergangenen 30 Jahren

¹ <http://www.harvardbusinessmanager.de/extra/artikel/a-1087266.html>

zum Beispiel auch in Schweden, Finnland und Deutschland größer, wenn auch nicht im gleichen Maße wie in den USA. Dass die Mittelschicht in immer mehr Ländern schrumpft, bedeutet für die beiden US-Forscher: Die Abkopplung hat mit der neoliberalen Politik zu tun. So nicht allein. Das zeigt sich daran, dass auch in den Ländern mit anderen Formen des Kapitalismus wie in Deutschland oder Schweden auch die große Abkopplung zu sehen ist. Sie sprechen daher von einer Kraft, die in all diesen Ländern wirkt, und diese Kraft ist ihrer Meinung nach die Technologie. Sie wollen damit nicht sagen, dass gesellschaftliche oder soziale Entscheidungen nichts bewirken. Doch auch in den Schwellenländern trüben sich die Aussichten der Arbeitnehmer ein. Eine aktuelle Untersuchung zeigt, dass der Anteil der Löhne und Gehälter am BIP in 42 von 59 Ländern gesunken ist, unter anderem in China, Mexiko und Indien. Wir haben es also mit einem globalen, technikbasierten Trend einer „großen Abkopplung“ der Wirtschaftsentwicklung von den Löhnen zu tun. Die Wissenschaftler kamen zu dem Ergebnis, dass die Unternehmen weniger in Arbeit und mehr in Produktionskapital investieren, weil die Informationstechnologie Anlagen, Maschinen und Betriebsmittel billiger macht. Im Klartext: Die Rendite für das investierte Kapital steigt. Worauf gründet sich eigentlich die Behauptung, dass Digitalisierung zu sinkenden Produktivitätszuwächsen führen würde?

Was ist zu tun, damit sich die Humanisierungslogik gegenüber der Renditelogik durchsetzen kann? Die Durchsetzung von Industrie 4.0 hat dann aber mit Verteilungspolitik zu tun.

2. Konflikt um die Zeit

Soziologen beobachten ein Ausfransen und Entgrenzen von Arbeit. Arbeit reicht immer mehr in die Freizeit hinein. Private Lebensräume werden durch die Digitalisierung zu Arbeitsräumen. Dies bedeutet eine Erhöhung des Zugriffs der Unternehmen auf die Lebenszeit der Beschäftigten. Die Folge ist die Kollision von Arbeitszeit mit privaten Anforderungen. Es gibt eine klammheimliche Rückkehr in Deutschland zu 50-Stunden-Woche. Darauf hat das Statistische Bundesamt hingewiesen. Die Arbeitszeit ist in den beiden letzten Jahrzehnten zwar kürzer, aber auch heterogener und flexibler geworden. Von einem einheitlichen Arbeitszeitmuster kann längst keine Rede mehr sein. In der aktuellen Arbeitszeitdebatte bündeln sich Umbrüche auf dem

Arbeitsmarkt, unterschiedliche Interessen von Beschäftigten und Betrieben und Gestaltungswünsche der Tarifparteien und der Politik. Die Normalarbeitszeit verliert immer stärker an Bedeutung. Was zunimmt ist die Arbeit auf Abruf, an Wochenenden sowie in Spät- und Nachtschichten. Auf der anderen Seite wollen die Beschäftigten eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Zeit für Qualifizierung und Bildung, mehr Freiräume für gesellschaftliches Engagement und flexiblere Übergänge in den Ruhestand.

Es gibt eine immer größer werdende Diskrepanz zwischen der vereinbarten und realen Arbeitszeit. Männer und Frauen arbeiten durchschnittlich erheblich länger als es ihre Vereinbarungen vorsehen. Besonders groß ist die Differenz mit fast 4,5 Stunden bei den Männern. Die langen Arbeitszeiten von vollzeitbeschäftigten Männern liegen deutlich über den Durchschnittswerten. Die Verkürzung der Vollzeitarbeit kam zum Stillstand. Es gibt einen deutlichen und verbreiteten Wunsch nach einer kürzeren Vollzeit. Nach den Befunden des DGB-Index liegt die Wunscharbeitszeit deutlich unter der tatsächlich geleisteten wie auch vertraglich vereinbarten Arbeitszeit. Teilzeitbeschäftigte wünschen sich im Durchschnitt eine Aufstockung der Arbeitszeit. Vollzeitbeschäftigte Männer und Frauen wünschen eher kürzere, teilzeitbeschäftigte Frauen eher längere Arbeitszeiten. Derzeit arbeiten tatsächlich lediglich 6 Prozent der Beschäftigten mit diesem Arbeitszeitumfang. Das aber heißt: Die Arbeitszeit unterliegt einer doppelten Anforderung. Die tatsächliche Arbeitszeit muss sich mehr der vertraglich vereinbarten anpassen und es ist nötig, dass auf die Lebensphasen Rücksicht genommen wird.

Trotz tariflicher Arbeitszeitverkürzung steigen die realen Arbeitszeiten. So wird in der Metallindustrie wieder real 40 Stunden in der Woche gearbeitet. Das Projekt Industrie 4.0 will flexible Beschäftigungsformen forcieren. Die Sozialministerin Andrea Nahles hat bereits angekündigt, dass der gesetzliche Rahmen erweitert werden müsse, denn: „Nicht immer entspricht das Korsett des Arbeitszeitrechts den spezifischen Bedürfnissen bestimmter Betriebe oder Beschäftigter.“ (FAZ 21. Juni 2016) Zuvor bereits hatte der BDA-Präsident Ingo Kramer erklärt: „Der starre Acht-Stunden-Tag passt nicht mehr ins digitale Zeitalter, wir wollen mehr Beweglichkeit.“ Zentrale Forderung ist also, die Obergrenzen

ze für die tägliche Arbeitszeit zu lockern oder gänzlich abzuschaffen. Doch zu fragen ist, ob die Digitalisierung wirklich eine Flexibilisierung der Arbeitszeit erfordert. Zwischen der Flexibilisierung und Verlängerung von Arbeitszeiten als Folge der Digitalisierung gibt es keine notwendige Verbindung. Nicht technische Motive erzwingen die Flexibilisierung der Arbeitszeit, sondern ökonomische Interessen.

Crowdworking ist zur Chiffre der Entkopplung und der Entgrenzung von Arbeit geworden. Zahlreiche Tätigkeiten können außerhalb des Unternehmens erledigt werden – etwa im Homeoffice zu Hause. Ob aber die zumindest teilweise räumliche Entkopplung der Arbeit vom Betrieb eher ein Zugewinn oder ein Verlust von Freiheit bedeutet, ist keine technische Frage, sondern muss gestaltet werden. Dazu sind Aushandlungsprozesse nötig. Forschungen zeigen, dass Heimarbeiter weit überdurchschnittlich lange Arbeitszeiten vorweisen und unbezahlte Mehrarbeit leisten.

„Die Zeit gehört uns“ so lautet ein Buchtitel von Friedhelm Hengsbach, der mit dem Titel auch den Konflikt um die Arbeitszeit benennt. Seine Hypothese lautet, dass die informationsgestützten Finanzmärkte einen Megaschub an gesellschaftlicher Beschleunigung angestoßen haben, die von den Finanzmärkten, über die börsennotierten Unternehmen bis in die Realwirtschaft herunterdrängt und alle in einen Strudel mitreißt. So stehen die Arbeitsverhältnisse unter Druck, und am Ende trifft diese Kaskade die privaten Haushalte, Arbeit und Lebensmöglichkeiten. Wie lassen sich schon jetzt Spielräume für reale Selbstbestimmung beim Austarieren von Arbeits- und Lebenszeit ausmachen? Wie kann sich wirklich Zeitsouveränität ereignen? Wie lassen sich Grenzen definieren?

Automatisierung gibt es inzwischen allerorten, aber von einer 15-Stunden-Woche sind wir weit entfernt. Wir brauchen also eine Debatte um eine Arbeitszeitverkürzung, die das Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach individuell zu gestaltender Arbeitszeit ebenso aufnimmt, wie auch den Schutz vor Selbstausbeutung sichert.

3. Konflikt um den Arbeitnehmerstatus

Crowdworking oder Arbeitsvermittlung über digitale Plattformen schaffen schon jetzt neue Beschäftigungsformen. Prekäre Selbstständigkeit und digitales Tagelöhnertum mit Minutenlöhnen zeichnet sich

ab. Die Erzeugung digitaler Konkurrenzmärkte für Arbeitskräfte führt dazu, dass sich die Lohnniveaus im globalen Maßstab annähern. Für Unternehmen verspricht dies eine erhebliche Kostenreduzierung bei gleichzeitig hohem Maß an Prozesskontrolle, was das digitale Outsourcing attraktiv macht.

Bereits 1997 hatte der Abschlussbericht der „Kommission für Zukunftsfragen Bayern –Sachsen“, die Figur des unternehmerischen Selbst zu einer politischen Zielvorgabe erhoben. „Das Leitbild der Zukunft ist das Individuum als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“, heißt es da. „Diese Einsicht muss geweckt, Eigeninitiative und Selbstverantwortung, also das Unternehmerische in der Gesellschaft, müssen stärker entfaltet werden.“ Aufgabe des Staates sei es, bei diesem Übergang Hilfestellung zu leisten.

Was bedeutet es, Arbeit nach Maßgabe unternehmerischen Handelns zu modellieren? Unternehmer gibt es nur, wo es Märkte gibt; unternehmerisches Handeln ist Handeln unter Wettbewerbsbedingungen. Lebensbezüge sollen durch Marktmechanismen reguliert werden. Arbeit stellt in dieser Perspektive ebenso wie alles übrige Handeln auch eine Investition dar.

Thomas Sattelberg beschreibt die neue schöne Arbeitswelt: „In der neuen Arbeitswelt sind Begrifflichkeiten aus dem Kohlebergbau wie Beschäftigte oder Angestellte passé. Diese Ausdrücke beinhalten doch schon Unfreiheit. Passender wären die Bezeichnungen Mitarbeitende oder Unternehmensbürger. Menschen müssen künftig souveräner mitentscheiden können, wann, wo und mit wem sie an was arbeiten. Selbststeuerungskompetenz wird dafür immer wichtiger sowie Fantasie und Humor. Innovationen entstehen erst durch Assoziationen und das Übersetzen von Vorhandenem in neue Kontexte. Allein mit logischem Denken oder analytischem Problemlösen werden wir nichts Neues entwickeln.“

Das unternehmerische Krafftfeld mag ungeahnte Potentiale frei setzen, aber es kann auch zu permanenter Überforderung führen. Weil der kategorische Komparativ des Marktes einen permanenten Ausscheidungswettkampf in Gang setzt, läuft der Einzelne fortwährend Gefahr, unterzugehen oder jedenfalls aus der prekären Zone permanenter Absturzgefahr nicht herauszukommen. Nicht alle sind in der Lage, diesem Druck standzuhalten, und niemand ist es immer. Obendrein sind die Chancen

höchst ungleich verteilt. Das unternehmerische Risiko wird vom Unternehmen auf die Beschäftigten umverteilt. Das führt zu mehr Entscheidungsfreiheiten am Ort der Arbeit, doch um den Preis steigender Risiken bei Beschäftigung. Einkommen und der sozialen Sicherung.

4. Konflikt um Gestaltungsmacht

Schon jetzt existiert in Deutschland eine neue Dienstleistung Union-Busting (deutsch: Gewerkschaftsbekämpfung). Diese Praktiken des Union-Busting hat auch in Deutschland Verbreitung gefunden. Im Laufe des letzten Jahrzehnts haben sich unterschiedlich miteinander verbundene Netzwerke herausgebildet, in denen spezialisierte Akteure ihre Dienstleistungen entwickeln und den Unternehmensleitungen anbieten. Dazu gehören Universitäten, an denen Juristen und Betriebswirtschaftler ausgebildet werden, kleine und große Anwaltskanzleien deutscher wie US-amerikanischer Provenienz, Unternehmensberater, Medienrechtskanzleien, PR-Agenturen, Stiftungen, Wirtschaftsdetekteien, arbeitgeberfinanzierte Universitätsinstitute, Labor-Relations- und Human-Resources-Einrichtungen. Ihr Ziel ist es, betriebsratsfreie Zonen zu schaffen und zu sichern. In bestimmten Situationen werden Methoden des Union-Busting besonders häufig eingesetzt, so bei Unternehmensaufkäufen durch Private-Equity-Investoren. Diese setzen von vornherein auf einen Weiterverkauf oder einen Börsengang. Sie können den Kaufpreis nicht nur durch drastische Kostensenkungen, sondern auch durch ein betriebsratsfrei gemachtes Unternehmen wesentlich in die Höhe treiben. Letzteres hilft etwa vor Insolvenzen und geplanten Schließungen und Sozialpläne, Abfindungen, Transfergesellschaften etc. möglichst zu begrenzen oder zu vermeiden. In deutschen Betrieben ist das, was als Vision der Digitalisierung gilt, längst Praxis. Das ausgemalte Szenario eines radikalen Beschäftigungsabbaus, einer totalen Fremdsteuerung und Überwachung der Belegschaften ist kein technischer Tsunami, der über die Menschen hereinbricht. Die Geschichte zeigt, dass nur durch machtpolitische Einflussnahme der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften soziale Errungenschaften gegen den Trend durchsetzbar waren. Dies wird auch in der schönen neuen Arbeitswelt 4.0 weiterhin der Fall sein. Warum sollte die soziale Schutzbedürftigkeit der abhängig Beschäftigten in der Industrie 4.0 enden?

5. Maßstab Mensch: Sozialethisch muss Arbeit immer als Arbeit des Menschen gewertet werden. Arbeit ist untrennbar mit dem Menschen verbunden. Und der Mensch hat eine Würde und keinen Preis.

Ein Gegenentwurf muss zunächst den Mythos eines technologischen Sachzwangs entschleiern. Nach wie vor gilt: Was über Arbeit sozialethisch zu sagen ist, ist, dass Arbeit immer Arbeit des Menschen ist. Arbeit ist untrennbar mit dem Menschen verbunden. Das gilt unabhängig von der Technik. Es gilt umso mehr, wenn eine Technik meint, den Menschen ersetzen zu können. Denn immer sind technische Innovationen von ökonomischbetriebswirtschaftlichen Interessen getrieben. Und der Mensch hat eine Würde und keinen Preis. Arbeit ist deshalb kein Anhängsel der technologischen Entwicklung. Arbeit ist und bleibt immer etwas Persönliches und zugleich etwas, auf das die allermeisten Menschen angewiesen sind, wenn sie ihren Lebensunterhalt bestreiten wollen. Wer diese Würde der menschlichen Arbeit missachtet, der missachtet den Menschen selber. Der Wert der Arbeit ergibt sich nicht aus der technologischen Entwicklung. Umgekehrt: Die technologische Entwicklung muss so gestaltet werden, dass der Mensch mit seiner Würde und seinen Rechten darin leben kann.

Allerdings ist es auch eine ethische Frage, ob selbst wenn es technisch möglich ist, eine Tätigkeit vollständig durch Computer (oder autonome Roboter) ersetzt werden darf. Möchten wir es zulassen, dass autonome Roboter die Pflege älterer Menschen übernehmen? Welche Grenzen sollen für die digitalen Technologien definiert werden?

Wer sich auf Würdeprinzipien beruft, meint: Es gibt Recht auf Arbeit, Rechte in der Arbeit und Rechte aus Arbeit

1. Recht auf Arbeit

Im gemeinsamen Wort der Kirchen von 1997 wird ein „Menschenrecht auf Arbeit“ anerkannt, das einen „Anspruch der Menschen auf Lebens-, Entfaltung- und Beteiligungschancen“ enthält. (Ziff. 151). Das Menschenrecht auf Arbeit ist ein unmittelbarer Ausdruck der Menschenwürde, denn der Mensch ist für ein tätiges Leben geschaffen und erfährt dessen Sinnhaftigkeit im Austausch mit sei-

nen Mitmenschen. In einer Arbeitsgesellschaft jedoch bildet Erwerbsarbeit den entscheidenden Schlüssel zur wirtschaftlichen Einbindung und gesellschaftlichen Beteiligung. Dieses Menschenrecht ist kein individuell einklagbarer Anspruch, eine Verpflichtung an die Politik, größtmögliche Anstrengungen zu unternehmen, um die Beteiligung aller an der Erwerbsarbeit zu gewährleisten, um ein den kulturellen Standards gemäßes Leben zu leben.

2. Recht auf Arbeit ist das Recht auf eine Arbeit, von der man leben kann.

Die grundlegende Funktion von Arbeit ist, dass sie gerecht bezahlte Arbeit ist. Gerecht ist ein Lohn dann, wenn er mindestens die Existenz des Arbeiters – und seiner Familie – sichert und einen gerechten Anteil an der Wertschöpfung sichert. In den WSK-Rechten ist festgelegt, dass der Lohn so zu bemessen sei, dass der Arbeitnehmer sich und seine Familie davon ernähren kann.

3. Recht auf Arbeit ist ein Recht auf eine Arbeit, die soziale Rechte aus Arbeit sichert

Die Mc-Donaldisierung der Arbeit hat die entsprechenden sozialen Sicherungssysteme geschwächt. Arbeit als Quelle von sozialer Sicherheit ist zu einem Ort sozial entscherteter Arbeit geworden. Wenn Arbeit unsicher wird, dann in der Folge auch die Lebensverhältnisse. Die Rückkehr unsicherer Arbeit kam zusammen mit einer Deformation der solidarischen umlagefinanzierten Sicherungssysteme. Für eine große Mehrzahl der abhängig Beschäftigten steht eine solche Sicherheit an erster Stelle. Die propagierte kapitalgedeckte private Vorsorge hat die soziale Sicherheit prekärer gemacht.

4. Recht auf Arbeit ist das Recht auf eine Arbeit, in der man menschlich leben kann

Nach einer repräsentativen Untersuchung einer Forschungsgruppe aus München stehen an erster Stelle ein festes verlässliches Einkommen und ein sicherer unbefristeter Arbeitsplatz. Die Arbeit soll abwechslungsreich und sinnvoll sein. Sie soll stolz und selbstbewusst machen. Auf die Frage, wie sie ihre tatsächliche Arbeit erleben, lautet die Antwort: Zusammenarbeit, Anerkennung, konstruktive Kritik, das Empfinden sinnvoller Arbeit.

5. Recht auf Arbeit ist das Recht auf eine sozialverträgliche und gendergerechte Arbeit

Prekäre, minder bezahlte und sozial entscherte Arbeitsbedingungen, die bislang typisch für Frauen waren, weiten sich aus, sodass jetzt auch von diesen Männern betroffen sind. Sozial entscherte Arbeitsverhältnisse schaffen Arbeitnehmer minderen Rechts. Zur Sozialverträglichkeit der Arbeit gehört auch ein humanes und soziales Maß der Arbeit, das Ansprüchen von life-work-balance gerecht wird. Alle Untersuchungen zeigen, dass dies ohne eine intelligente Arbeitszeitverkürzung nicht geht.

6. Recht auf Arbeit ist ein Recht auf eine Arbeit, die eines demokratischen Bürgers würdig ist

Dass Arbeit unter Bedingungen geschieht, die demokratieverträglich sind, ist ein Grundgebot einer demokratischen Gesellschaft. Die Arbeitenden haben deshalb ein Recht auf Teilhabe an einer Arbeit, die demokratische Rechte ermöglicht und stärkt: Mitwirkung, Mitbestimmung und Mitberatung sind unverzichtbare Elemente einer demokratieverträglichen Arbeit. Maschinen arbeiten nicht, sondern nur Menschen. Arbeit muss deshalb mit Teilhaberechten verbunden sein.

Rechte aus Arbeit sind das Fundament für eine demokratische Arbeits- und Betriebsverfassung. Partizipationsrechte am Arbeitsplatz, im Betrieb und im Unternehmen sind Rechte, die sich aus der Tatsache herleiten, dass Arbeit zur Verfügung gestellt wird. Sie sind nicht vom Kapital abgeleitete Rechte, sondern originäre Rechte, die darin begründet sind, dass ein Bürger in einer Demokratie seine Arbeit in den Produktionsprozess einbringt. Der Einsatz von Arbeit begründet Rechte aus Arbeit.

7. These: Menschen sind kein Störfaktor der technologischen Entwicklung. Die entscheidende Frage über die Zukunft der Arbeit ist nicht die, welche Arbeiten wegfallen werden, sondern: Wie kann das Potenzial der Menschen mit ihren geistigen und kreativen Fähigkeiten, die bereits heute existieren, anerkannt und technologisch umgesetzt werden.

Die Arbeitsgesellschaft lässt sich gerade dadurch

kennzeichnen, dass in ihr die Erwirtschaftung der Lebensmittel zum Hauptzweck oder Hauptinhalt des Lebens geworden ist. Arbeit, genauer Erwerbsarbeit, hatte darin einen zentralen Platz im Leben, den sie in vorkapitalistischen Gesellschaften keineswegs hatte. Diese Gestalt einer Arbeitsgesellschaft ist an ihr Ende gekommen. Welche Wirkungen die Digitalisierung der Arbeitswelt haben wird, ist nicht vorbestimmt. Technologieentwicklung ist kein naturwüchsiger Prozess. Ob es zu mehr Humanität oder zu einer verschärften Rationalisierungslogik kommt, wird sich in Aushandlungsprozessen entscheiden. Dabei spielen die Gewerkschaften eine herausragende Rolle. Auffallend ist, dass in den Diskussion zu Industrie 4.0 davon nie die Rede ist.

Es kommt darauf an, eine Zukunft zu gestalten, die erstens *Befreiung von der Arbeit* und *Befreiung in der Arbeit* nicht als Alternativen formuliert. Die Opfer der technologischen Entwicklung sollen nicht ruhig gestellt werden durch ein bedingungsloses Grundeinkommen. Tittytainment nannte dies ein amerikanischer Politikberater: Unterhaltung und Fressen.

Ein Lösungsvorschlag, der bemerkenswerterweise von der Industrie forciert wird, ist das bedingungslose Grundeinkommen. Joe Kaeser, Siemenschef, jedenfalls meint, dass die Gesellschaft dafür sorgen müsse, dass Menschen versorgt würden. Deshalb werde „eine Art Grundeinkommen völlig unvermeidlich sein.“ Es sei nämlich absehbar, dass „einige auf der Strecke bleiben, weil sie mit der Geschwindigkeit auf der Welt einfach nicht mehr mitkommen.“ Auch Thomas Straubhaar, bisher bekannt als ein eher neoliberaler Ökonom, fordert, dass die Vision eines Grundeinkommens zur Realität werden müsse – lieber früher als zu spät. Er vermerkt eine tiefgreifende Zeitenwende, bei der kleine Reparaturen kaum Stabilität bringen. Deshalb lautet seine Forderung: „Geld vom Staat ermöglicht eine gerechte, liberale und effektive Anpassung des Sozialstaates an die Herausforderungen der Zukunft.“ Für ihn ist das bedingungslose Grundeinkommen ein Weg, um „aus der Spirale des gesellschaftlichen Auseinanderlebens auszu-steigen“ (SZ 7.12.2016).

Es gilt also genauer zu unterscheiden: Zu fragen ist: Wer will was für wen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen erreichen? Ist es eine Stillhalteprämie oder ein vorwärtsweisender Gegenent-

wurf zu einer allein von Technik- und Kapitalinteressen entworfenen Zukunft? Wie kann nicht nur trotz sondern auch durch technologische Rationalität die Emanzipation des Menschen und seine Selbstbestimmung universalisiert werden?

Straubhaar schwebt ein Grundeinkommen vor, dass „alle sozialpolitischen Maßnahmen in einem einzigen Instrument“ bündelt. (SZ 7.12.2016) Die führenden Unternehmensvertreter der Digitalindustrie, die in Deutschland wie auch in den USA für ein bedingungsloses Grundeinkommen plädieren, schweigen zur Frage der Finanzierung eines Grundeinkommens und zur Zukunft des Sozialstaates. Dass sie für ein Grundeinkommen plädieren, muss nicht damit zu tun haben, dass sie prädestiniert sind zu wissen, welche technikbasierten Umbrüche bevorstehen und deshalb ihre Vorschläge ein besonderes Gewicht haben. Denn die Forderung zu erheben, reicht nicht aus.

Wenn wir diese verkürzte Problemwahrnehmung nicht wollen, dann steht es an, zu überlegen, wie umfangreiche Verteilungsprozesse in neuer Weise miteinander verbunden werden können. Konzepte eines bedingungslosen Grundeinkommens unterscheiden sich entlang zweier Fragen:

- Was ist die Frage, auf welche ein bedingungsloses Grundeinkommen eine Antwort geben will?
- Was „gibt“ es neben dem Geldbetrag eines bedingungslosen Grundeinkommens noch?

In einer griffigen 4-3-2-1- Formel ist die Aufgabe formuliert. Sie besteht darin, verschiedene

Formen von Arbeit und von Einkommen neu einander zuzuordnen:

Vier Formen der Arbeit:

- Erwerbsarbeit
- Eigenarbeit
- Haus-/Familienarbeit, Care-Arbeit
- zivilgesellschaftliche Arbeit / Arbeit für die Demokratie

Drei Arten von Einkommen

- Erwerbseinkommen
- Transfereinkommen
- Kapitaleinkommen

für zwei Geschlechter in der Einen Welt.

Bislang gibt es nur die Verbindung zwischen Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen. Schwach

entwickelt ist dagegen die Verbindung zwischen Care-Arbeit und Transfereinkommen. Geradezu tabuisiert ist die Verbindung von Kapitaleinkommen und den verschiedenen Formen von Arbeit.

Die Enzyklika „Laborem exercens“ von Johannes Paul II. bekräftigt den Grundsatz: „Die christliche Tradition hat dieses Recht nie als absolut und unantastbar betrachtet. Ganz im Gegenteil, sie hat es immer im größeren Rahmen des gemeinsamen Rechtes aller auf die Nutzung der Güter der Schöpfung insgesamt gesehen: das Recht auf Privateigentum als dem gemeinsamen Recht auf Nutznießung untergeordnet, als untergeordnet der Bestimmung der Güter für alle.“ (LE 14) Papst Franziskus zitiert in seinem Schreiben „Evangelii Gaudium“ den Kirchenvater Johannes Chrysostomos: „Die eigenen Güter nicht mit den Armen zu teilen bedeutet, diese zu bestehlen und ihnen das Leben zu entziehen. Die Güter, die wir besitzen, gehören nicht uns, sondern ihnen.“ (EG 57) Privateigentum ist kein unbedingtes und unumschränktes Recht. Diese weit zurückreichende Grundüberzeugung der universellen Bestimmung der Güter in der christlichen Sozialethik scheint vergessen.

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Menschliches Handeln lässt sich keineswegs auf die Erwerbsarbeit beschränken, sondern gilt genauso für andere Formen von Tätigkeit, welche die Gesellschaft und das Zusammenleben der Menschen benötigen: Eigenarbeit, Tätigkeit für das Gemeinwesen, soziale, kulturelle und politische Arbeit. Gerade damit die anderen Arbeiten und Tätigkeiten, die eine gerechte und humane Gesellschaft für ein würdiges Leben braucht, nicht ausbleiben, ist ein Garantiertes Grundeinkommen unumgänglich. Nichts spricht dagegen, dass die Digitalisierung zu einem erneuten Schub an Effizienz und auch Gewinnmaximierung führen wird. Diese aber ist nicht sakrosankt. An dieser Stelle sei an Nell-Breuning erinnert, der gesagt hat, dass die Frage nach den Kosten des Sozialstaates sich „nur darauf beziehen kann, ob er uns das wert ist, was er uns kostet.“ Die Kosten für einen Sozialstaat gehen nicht von den Erträgen der Wirtschaft ab und schmälern auch nicht ihren Erfolg, „sondern erfüllen genau den Zweck der Wirtschaft.“ (Nell-Breuning 1990)

Deshalb kann es nicht darum gehen, mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, Sozialstaatlichkeit und Sozialprodukt zu entkoppeln. Ohne die wechselseitigen und neu zu

denkenden Verteilungsprozesse, wie sie mit der 4-3-2-1-Formel im Grundsatz benannt sind, wäre der Sozialstaat auf seine Rolle als Fürsorgestaat mit Leistungen nach Kassenlage zurückgeworfen. Die Arbeitgeber hätten dann, was sie immer schon wollten: Sie wären ihrer Verantwortung zur Finanzierung und Mitgestaltung des Sozialstaates entledigt.

Wenn von den digitalen Technologien mehr Wohlstand und Überfluss erwartet wird, dann können Quälerei und Schufferei abnehmen. Die Entscheidungsfrage lautet: Wohlstand für wenige und wachsende Ungleichheit für alle oder soziale Sicherheit und Teilhabe am Wohlstand für alle. Welcher Trend sich durchsetzen wird, bestimmen nicht die Technologien, sondern wird in den politischen Entscheidungen und Kämpfen entschieden. Der technische Fortschritt ist kein unausweichliches Schicksal. Wir haben keine ungewollte Zukunft vor uns noch eine Utopie. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung zeigen: Alles Humane stellt sich nicht von selber ein, sondern musste immer dem Trend abgerungen werden. Menschen haben ihre Zukunft selber in der Hand. Die Technologie ist nur ein Werkzeug. Das wird bei Industrie 4.0 nicht anders sein. Der Streit wird deshalb darum gehen müssen, von welchen Leitvorstellungen lassen wir uns leiten in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um eine andere, eine humanere und sozial gerechtere Zukunft für alle, zu der auch die Erwerbsarbeit gehört, aber auch alle andere Arten von Arbeit, die unsere Gesellschaft braucht.

Arbeitsgruppe: Gute Arbeit - Gutes Leben; ist dies die Lebensperspektive für arbeitslose Menschen?

Impuls: Tim Obermeier

These 1: Ein gutes Leben ist ohne gute Arbeit nicht (mehr) möglich. Ohne Erwerbsarbeit sind Menschen von sozialer Teilhabe ausgeschlossen.

These 2: Langzeitarbeitslose Menschen wollen arbeiten und zeigen eine hohe Aktivität, um ihre Lebenssituation zu verbessern. Von der Gesellschaft erfahren Sie dafür keine Anerkennung.

These 3: Wenn Erwerbsarbeit für alle nicht mehr erreichbar ist, gleichzeitig aber einen politisch immer größeren Stellenwert einnimmt, dann brauchen wir politische Reformen, um das Marktversagen auszugleichen.

These 4: Ein gutes Leben ist mehr als Erwerbsarbeit und wird durch die Teilhabe an Bildung, Kultur und im Sozialen realisiert. Dafür fehlen aktuell in der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Voraussetzungen.

Ergebnissicherung:

Einige Impulse der Teilnehmer zur Beteiligung an dieser Arbeitsgruppe:

- Ist Alles, was Arbeit schafft sozial?
- Spaltung der Gesellschaft führt zu Populismus
- Zukunftswerkstätte können Möglichkeit sein u.a. auch im Rahmen der Migrationsarbeit
- Wie können Strategien aussehen, damit Menschen besser leben?
- Welche Möglichkeiten gibt es in der Sozialen Arbeit, um diesen Strukturen überhaupt noch entgegen zu wirken?

Tim Obermeier: Thesen für die Diskussion

Gutes Leben ist ohne Erwerbsarbeit nicht möglich. Der Menschen identifiziert sich prioritär über Erwerbsarbeit. Doch was passiert dann mit den Menschen, die keine Arbeit haben? Es muss ein Umgang geschaffen werden mit "Nichtarbeit". Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass erwerbslose Menschen aktiv sind. Das Dilemma besteht lediglich in der Nichtakzeptanz dieser Menschen. Wie kann diese gesellschaftliche Anerkennung gewährleistet werden? Wie kompensiert man Marktversagen in Form von guter Arbeit?

Was ist gute Arbeit?

Impulse aus der Runde:

- Etwas, das Anerkennung schafft - Jeder Mensch möchte Arbeit, da sie sinnstiftend ist.
- Arbeit und Zeit muss geteilt werden
- Ein bedingungsloses Einkommen als Grund-

einkommen, dem zusätzliche Erwerbsarbeit folgen kann.

- Ehrenamt ist bedenklich, da es keine finanzielle Belohnung bedingt
- Grundeinkommen ist ein Ventil der gesellschaftlichen Verantwortung -> zu liberal
- Hartz IV ohne Sanktionen sei das gleiche wie bedingungsloses Grundeinkommen
- Es muss die Frage nach dem aktuellen Menschenbild in unserer Gesellschaft gestellt werden: Welche Gesellschaft wollen wir konstruieren?
- Wie sieht es mit den Befindlichkeiten zum Thema Arbeitslosigkeit aus? Jenes scheint sich stark gewandelt zu haben. Gibt es überhaupt eine gesellschaftspolitische Mehrheit, um eine Veränderung voranzutreiben? Wie muss eine Utopie aussehen, um bestehende Strukturen verändern zu können?
- Das Individuum tritt heute vermehrt als "individuelles" Problem in den Vordergrund.
- Die Bildung allein als Schlüssel zur sozialen Teilhabe, ist als höchst fragwürdig zu betrachten (siehe Beispiel Spanien). Sie kann nicht die Lösung sein, um die Probleme der heutigen Gesellschaft zu lösen.
- Erfahrungswert: Wertigkeit / Anerkennung erfolgt nur über nachgewiesene fachliche Qualifikationen -> man erhält einen wirtschaftlichen Status
- Was findet Anerkennung und wer ist überhaupt beurteilungsberechtigt?

- Langzeitarbeitslose Menschen wollen zudem nicht VERWALTET werden!
- Frage an T. Obermeier: Welche Einstiegspektiven haben ALG-II-Bezieher in gute Arbeit zu kommen?
 - Gesetzliche Regulierung muss von Politik aus erfolgen im Bezug auf Leiharbeit (schließt andere Arbeitsbedingungen mit ein).
 - Des Weiteren muss mehr Solidarität zwischen Arbeitnehmern entstehen und gewerk-

chaftliche Verantwortung wahrgenommen werden.

- Der Schlüssel ist der politische Wille und keine Politik die lediglich im Interesse der Wirtschaftsförderung agiert.

- Die Träger haben politisches/zivilrechtliches Mandat in der Gesellschaft Missstände zu benennen und darauf aufmerksam zu machen und dagegen zu halten.

Resümee im Bezug auf Fragen an die Politik:

- Individualisierung der Probleme
- Ökonomisierung des Arbeitsmarktes
- Regulierung
- Bildung ist keineswegs die Lösung des Problems
- Soziale Arbeit wieder verstärkt an der Basis ansetzen
- Diskurs notwendig zu Haltung zu Arbeitslosigkeit in der Gesamtgesellschaft; Wie ist die Stimmung in der Gesellschaft und welches gesellschaftspolitische Mandat muss die Politik verstärkter wahrnehmen und welche Netzwerke schaffen?



Arbeitsgruppe: Formale und informelle Bildung

Impuls: Christian Hampel, LAG KJS NRW



Dialogtagung am 17.11.2016

**Arbeitsgruppe zum Thema
Formale und informelle Bildung**

Impuls

Christian Hampel
LAG KJS NRW e.V.

Herzogenrath, 17.11.2016



- Bildung findet statt durch formales, non-formales und informelles Lernen.
- Vieles lernt der Mensch non-formal und informell; nur Schule, Hochschule und Berufsbildung gehören zum formalen Lernen.
- Zielgruppen der Jugendsozialarbeit verfügen oft über wenig (für das Arbeitsleben verwertbare) formale Qualifikationen, wohl aber über non-formal erworbene Kenntnisse und Fertigkeiten.
- Es gibt vielfältige Bemühungen, non-formal erworbene Kompetenzen besser feststellbar und leichter anerkenbar zu machen, z.B.
 - Berufswahlpass
 - Youthpass
 - Europass Mobilität
 - u.a.m.




- In Deutschland und Europa gibt es vielfältige Bemühungen, die non-formale Bildung zu stärken:
 - Beschluß des Europarates vom 20.12.2012: in allen Mitgliedsstaaten der EU sollen bis 2018 Zertifizierungsmöglichkeiten für non-formal und informell erworbene Kompetenzen geschaffen werden.
 - Koalitionsvertrag vom 27.11.2013 „Deutschlands Zukunft gestalten“:
Kompetenzen anerkennen – für Menschen, die sogenannte informelle Kompetenzen erworben haben, die sie nicht durch Zertifikate belegen können, wollen wir neue Verfahren entwickeln und erproben, die zu Transparenz und Anerkennung führen.




- Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015-2018 (2. Juni 2016) – Die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung wirken darauf hin, non-formale und informell erworbene berufliche Kompetenzen besser sichtbar zu machen.
- 2013 wurde in Deutschland der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) eingeführt. Er beschreibt auf acht Niveaustufen fachliche und personale Kompetenzen:

```

    graph TD
      FK[Fachkompetenz] --> W[Wissen]
      FK --> F[Fertigkeiten]
      PK[Personale Kompetenz] --> SK[Sozialkompetenz]
      PK --> S[Selbstständigkeit]
    
```




- Im Arbeitskreis DQR wird derzeit untersucht, wie non-formale und informelle Kompetenzen in den DQR eingegliedert werden können.
- Im „BIBB-Expertenmonitor Berufliche Bildung“ (Mai 2016) sprechen sich 70% der Berufsbildungsexperten/innen für ein bundesweit einheitliches Anerkennungssystem für non-formale und informelle Lernergebnisse aus.
Rund 60% der Befragten aus Betrieben gehen davon aus, dass nicht formal qualifizierte und geflüchtete Menschen mit der Anerkennung non-formaler Kompetenzen leichter eine qualifizierte Beschäftigung finden können.
70% aller Fachleute sind allerdings der Meinung, dass die EU-Ratsempfehlung, bis 2018 nationale Anerkennungssysteme für non-formale Bildung zu entwickeln, wohl nicht eingehalten werden kann.



Über die Frage, wie ein Anerkennungssystem finanziert werden soll, besteht keine Einigkeit.

Andere Länder, wie z.B. Finnland und Frankreich, sind mit der Anerkennung non-formaler Kompetenzen deutlich weiter fortgeschritten.

- Europäisches Leistungspunktesystem für die Berufsbildung – ECVET (und DECET)
- Weil in der Jugendsozialarbeit vielfältige non-formale und informelle Kompetenzen vermittelt, bzw. erworben werden, macht sich auch dieser Bereich Gedanken darüber, wie diese Kompetenzen beschrieben, bewertet und anerkannt werden können und wer eine hierfür „zuständige Stelle“ sein kann.



Eckpunktepapier „Kompetenzen junger Menschen anerkennen – den Berufseinstieg fördern“
Berlin, Juni 2016

Es wird ein fünfstufiges Verfahren vorgeschlagen:

- Informationen und Beratung
- Identifizierung von Lernergebnissen
- Dokumentierung
- Bewertung
- Zertifizierung

Alle Stufen – außer der Zertifizierung – können beim Träger der Jugendhilfe durchgeführt werden.



Fragen zum Einstieg in die Diskussion:

- Soll ein Berufsabschluss künftig auch durch eine Ansammlung von Zertifikaten non-formal erworbener Kompetenzen möglich sein – oder wird dadurch das (auch international angesehene) deutsche duale Berufsbildungssystem unterhöhlt?
- Kann durch non-formale und informelle Bildung dem Fachkräftemangel in Deutschland begegnet werden?
- Werden non-formale Kompetenzen bzw. die entsprechenden Einordnungen in den Deutschen Qualifikationsrahmen künftig Einfluss auf das Gehaltsgefüge bzw. die tarifliche Eingruppierung haben?
- Ist es richtig bzw. sinnvoll, alle non-formal und informell erworbenen Kompetenzen junger Menschen festzustellen und zu bewerten? Werden damit nicht bestimmte Bereiche des Lebens (z.B. in der Freizeit, der Jugendarbeit) verzweckt und allein auf (berufliche) Verwertbarkeit ausgerichtet?

Ergebnissicherung:

Impuls - Grobgliederung

- Bildung findet statt durch formales, non-formales und informelles Lernen
- Nur das formale Lernen (Schule, Hochschule, Berufsbildung) wird zertifiziert (Zeugnis) und erhält damit eine Anerkennung
- Vieles lernt der Mensch (ein Leben lang) non-formal oder informell. Dafür erhält er normalerweise keine (anerkannte) Bescheinigung. Manchmal werden Pässe, Berufswahlpass, Youthpass, Europass Mobilität o. a. ausgestellt.
- Es gibt in Deutschland und in Europa vielfältige Bemühungen, die non-formal erworbenen Kompetenzen besser feststellbar zu machen und sie leichter anerkennen zu können.
- Die jetzige Regierungskoalition hat sich vorgenommen, Verfahren zu entwickeln, mit denen informell erworbene Kompetenzen leichter anerkannt werden können. Grund hierfür ist, dass viele Menschen heute, zunehmend auch (junge) Flüchtlinge, keine nachweisbaren oder verwertbaren formalen Qualifikationen vorweisen können. Dadurch erhalten die nonformalen Qualifikationen mehr Bedeutung.
- 2013 wurde in Deutschland der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) eingeführt. Er soll die formal, non-formal und informell erworbenen Kompetenzen von Menschen beschreiben und vergleichbar machen. Die meisten formalen Kompetenzen sind bereits in das achtstufige Gefüge des DQR eingeordnet. Bei den anderen Kompetenzen gibt es noch Probleme.
- Weil in der Jugendsozialarbeit vielfältige non-formale und informelle Kompetenzen vermittelt bzw. erworben werden, muss sich auch dieser Bereich Gedanken über die Beschreibung, Bewertung und Anerkennung dieser Kompetenzen machen.
- Die Jugendsozialarbeit kümmert sich seit den Anfängen der Diskussion über einen Europäischen Qualifikationsrahmen um dieses Thema (etwa seit 2008). Zuletzt ist ein Eckpunktepapier unter dem Titel „Kompetenzen junger Menschen anerkennen - den Berufseinstieg fördern“ (Juni 2016; Anlage) veröffentlicht worden. Es schlägt ein Verfahren vor, wie in der Jugendsozialarbeit non-formal erworbene Kompetenzen festgestellt, beschrieben und bewertet werden können. Außerdem schlägt es vor, wie die hierfür notwendigen „zuständigen Stellen“ (competent bodies) ausgestattet sein sollten.

Wenn die non-formalen Kompetenzen mehr Bedeutung erhalten, stellen sich einige Fragen (die auch für den Einstieg in eine Diskussion dienen können):

- Soll ein Berufsabschluss künftig auch durch eine Ansammlung von Zertifikaten nonformal erworbener Kompetenzen möglich sein - oder wird dadurch das (auch international angesehene) deutsche duale Berufsbildungssystem unterhöhlt?
- Kann durch non-formale und informelle Bildung dem Fachkräftemangel in Deutschland begegnet werden?
- Werden non-formale Kompetenzen bzw. die entsprechenden Einordnungen in den Deutschen Qualifikationsrahmen künftig Einfluss auf das Gehaltgefüge bzw. die tarifliche Eingruppierung haben?
- Ist es richtig bzw. sinnvoll, alle non-formal und informell erworbenen Kompetenzen junger Menschen festzustellen und zu bewerten? Werden damit nicht bestimmte Bereiche des Lebens (z.B. in der Freizeit, der Jugendarbeit) verzweckt und allein auf (berufliche) Verwertbarkeit ausgerichtet?

Arbeitsgruppe: Öffentlich geförderte Beschäftigung - alter Hut oder gibt es neue Projektansätze

Impuls durch Klaus Müller, Geschäftsführer Jobcenter Mönchengladbach



Die ÖgB ist weder ein alter Hut noch bedarf es neuer Projektansätze, vielmehr bedarf es eines gesellschaftlichen Konsenses zu ihrer Notwendigkeit und über verlässliche Rahmenbedingungen, in denen sie organisiert werden kann.

2002 beschreibt Raimund Echterhoff, Verdi, die Programmvierfalt der ÖgB in NRW wie folgt ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- Wiedereingliederung für Berufsrückkehrerinnen
- QUAZI (Qualifizierungsprogramm zur beruflichen und sozialen (Wieder-)Eingliederung)
- AQUA (Arbeit & Qualifizierung)
- PROREGIO (Förderung des regionalen Strukturwandels)
- RECHAR II (Förderung der Kohleregionen)
- RESIDER II (Förderung der Stahlregionen)
- KONVER (Umwandlung von Militäreinrichtungen)
- KONVER II (Förderung von Regionen, die von Truppenabbau betroffen sind)
- QUATRO (Qualifizierung, Arbeit, Technik und Reorganisation, zur

Anpassungsqualifizierung von Arbeitslosigkeit bedrohter ArbeitnehmerInnen in Klein- und Mittelunternehmen (KMU))

- ASS (Arbeit statt Sozialhilfe)
- Initiative „Jugend in Arbeit“
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach § 266 SGB III
- Pro Regio (Förderung regionalen Strukturwandels für KMU)
- Handlungsfeld: Verbindung von Stadterneuerung und Arbeitsmarktpolitik

Und dann bewertet er es wie folgt: „Von der Anzahl der Programme her ist das Problem gelöst. In der Tat haben wir einige hoch qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen, die notwendig waren, um diese Programme zu managen und in kommunale Handlungsmöglichkeiten zu übertragen. Alle diese Programme haben mehr oder weniger die gewollten Effekte gezeigt, ohne dass die Arbeitslosenzahlen in erheblichem Umfang zurückgegangen sind.“

Annelie Buntenbach, geschäftsführender DGB-Bundesvorstand erklärt 2006: Zumindest mittelfristig ist öffentlich geförderte Beschäftigung unverzichtbar. Sie sollte auf Zielgruppen konzentriert werden. Für ältere Langzeitarbeitslose sowie gesundheitlich angeschlagene Arbeitnehmer/innen mit geringen Chancen auf dem „ersten“ Arbeitsmarkt fehlt ein Beschäftigungsinstrument „ehrlicher zweiter Arbeitsmarkt“ zur mehrjährigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsförderung für Tätigkeiten, die der Allgemeinheit zu Gute kommen.

In genau diesen oder ähnlichen Spannungsverhältnissen bewegt sich die ÖgB seit Jahrzehnten, was ihre Mittelausstattung, ihre Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse, ihre Zielsetzung angeht, in einem permanenten Auf und Ab.

Zwischen dem geschützten Raum der Werkstätten für behinderte Menschen und den Anforderungen des 1. Arbeitsmarktes gibt es nahezu keine Beschäftigungsalternativen für Arbeitslose, die auf dem Arbeitsmarkt chancenlos benachteiligt sind, aber als erwerbsfähig gelten.

Hier liegt die Berechtigung Öffentlich geförderter Beschäftigung.

Arbeitsgruppe: Ist außerhalb von Erwerbsarbeit noch Teilhabe und Teilnahme gestaltbar

Impuls: Prof. Franz Segbers, Universität Marburg

1. Zentralbegriff der neueren Sozialstaatsdebatte ist die „Teilhabe“.

Wenn heute von Teilhabe die Rede ist, so meist um eine Schwelle zu benennen, jenseits derer soziale Ungleichheit nicht hinnehmbar ist. Man muss also beschreiben, wovon niemand ausgeschlossen werden soll.

2. Der Begriff Teilhabe kennt nur ein Drinnen und Draußen. Doch das ist verkürzt.

Doch Arbeitslose sind an richtiger Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt interessiert. So stehen zunehmend mehr Beschäftigte in vielfältigen Formen niedrig entlohnter, entrechteter und weniger abgesicherter Arbeitsverhältnisse und werden so gerade nicht zu gleichberechtigten Mitgliedern der Gesellschaft, in der sie leben. Landzeitarbeitslose als auch unsicher Beschäftigte sind gesellschaftlich weder „Draußen“, so dass sie integriert werden müssten, noch sind sie nach Arbeitsaufnahme in eine „Normalität“ integriert. Sie sind gleichermaßen ‚drinnen‘ und ‚draußen‘.

3. Im Konzept der Teilhabe- oder Beteiligungsgerechtigkeit sollen die beiden Aspekte der Verteilung- und Chancengerechtigkeit aufeinander bezogen werden.

Denkschrift der EKD „Gerechte Teilhabe“:

„Teilhabe-, Befähigungs- und Verteilungsgerechtigkeit markieren das Fundament eines theologisch-sozialethisch begründeten Verständnisses von Gerechtigkeit. Auf diesem Fundament fordert evangelische Ethik für alle Menschen den Zugang zu den Grundgütern der Gesellschaft, eine grundlegende soziale Sicherung und eine Qualifikation aller für die Sphäre des gesellschaftlichen Austausches.“ (Ziff. 63)

Der Teilhabegerechtigkeit zwei geradezu widersprechende Verständnisse zugrunde.

- Aufgabe des Staates, die gravierendsten Auswirkungen allein des Ausschlusses aus der Ge-

sellschaft oder vom Bildungswesen durch „Fordern“ und „Fördern“ zu kompensieren.

- Aufgabe an, die gesellschaftlichen, politischen oder ökonomischen Bedingungen für Teilhabe zu verbessern. Es genügt nicht, sich um die Armen zu kümmern, es muss auch die Frage nach der gerechten Macht in Politik und Wirtschaft gestellt werden.

4. Statt Teilhabe sollte vom Menschenrecht aller auf Beteiligung aller die Rede sein.

Im Begriff der Teilhabe klingt an, dass es jemanden gibt, der einen anderen teilhaben lässt.

Anders die Beteiligung. Diese bezeichnet ein zielgerichtetes Handeln eines selbstbewussten und selbstbestimmten Subjekts. Der Unterschied zwischen „Teilhabe“ und „Beteiligung“ besteht darin, dass Beteiligung die Menschen als Subjekte anspricht. Sie sollen am Haben und Sagen beteiligt werden. Beteiligung gehört auch zu den politischen Menschenrechten.

Unter der Programmformel „Soziale Sicherheit“ (Art. 22) wird das Leitbild einer allgemeinen Beteiligung gewährleistenden Gesellschaft durchbuchstabiert, in dem einzelne Rechte aufgeführt werden:

- ein Recht auf Arbeit (Art. 23),
- ein Recht auf angemessene Entlohnung und beruflichen Zusammenschluss (Art. 23),
- ein Recht auf Erholung (Art. 24),
- das Recht auf soziale Sicherheit (Art. 25) bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung.

5. Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit: Arbeit ist Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Diese Wertung der tätigen Teilhabe am Gesellschaftsprozess lassen sich in einem 4-3-2-1-Schema darstellen:

Es gibt vier Formen der Arbeit:

- **Erwerbsarbeit:** Die Arbeit für die notwendigen Lebensmittel, die Erwerbsarbeit

- **Eigenarbeit:** Zeit für mich und zur Entwicklung der eigenen, subjektiven Lebensmöglichkeiten
- **Sorgearbeit:** Die Arbeit für andere Menschen: die Sorge- oder Care-Arbeit
- **gesellschaftliche Arbeit:** Die Arbeit für die Gesellschaft: eine Arbeit, die in die Gestaltung der Gesellschaft eingreift

drei Arten von Einkommen:

- **Erwerbseinkommen**
- **Transfereinkommen**
- **Kapitaleinkommen**

für zwei Geschlechter

- **Frauen**
- **Männer**

in der Einen Welt.

Die Verengung der Arbeit auf Erwerbsarbeit und die Abwertung anderer am Markt nicht rentierlicher Arbeiten müssen durch eine Wertschätzung der „ganzen Arbeit für alle“ durchbrochen werden. Die Aufgabe, die erwerbswirtschaftliche Verengung des Arbeitsbegriffs aufzubrechen und unbezahlte Tätigkeiten aufzuwerten, kann nur gelingen, wenn die Umverteilung des gemeinsam hergestellten Sozialproduktes und eine materielle Existenzsicherung für alle thematisiert werden. Wer sich in der ganzen Arbeit betätigen will, der muss über eine ausreichende materielle Existenzsicherung verfügen. Deshalb könnte ein Grundeinkommen auch eine materielle Basis für die „ganze Arbeit für alle“ abgeben.



Pressemeldung „Arbeit 4.0“: Zeit zu streiten und zu kämpfen

100 Fachleute und Verantwortliche beschäftigten sich in Herzogenrath mit den Folgen von „Industrie 4.0“ für Beschäftigte und Langzeitarbeitslose

Das Stichwort Industrie 4.0 geistert inzwischen durch alle Gazetten. Die Wirtschaft vollzieht einen tief greifenden Strukturwandel hin zu einer stark vernetzten, digital gesteuerten Echtzeitproduktion. Die öffentliche Aufmerksamkeit richtet sich vor allem auf die Bedrohung für Arbeitsplätze, die zurzeit noch von Menschen aus den Mittelschichten besetzt sind, etwa bei Banken und Versicherungen.

Was aber ist mit den Langzeitarbeitslosen? Sie haben bereits jetzt das Nachsehen, keine realistischen Perspektiven auf dem regulären Arbeitsmarkt. Eine Fachtagung am Donnerstag, 17. November, im Oswald-von-Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath bei Aachen beleuchtete die Folgen des aktuellen Strukturwandels für die Betroffenen. Und sie erörterte die Frage, wie Langzeitarbeitslose auch ohne klassische Erwerbsarbeit mit Würde an der Gesellschaft teilhaben können.

Mehr als 100 Fachleute und Verantwortliche aus Politik, Gesellschaft, Kirche und Trägern von Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten suchten bei der Dialogtagung „Arbeit 4.0“ den Austausch darüber, was man in Nordrhein-Westfalen, im Bistum Aachen, in der Wirtschaftsregion Aachen tun kann. „Wir dürfen keine Menschen als Verlierer zurücklassen“, gab der Aachener Generalvikar Dr. Andreas Frick als Orientierung vor. Er verwies auf das Wort von Papst Franziskus, der sich gegen eine „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ ausgesprochen hat.

Gefordert ist objektiv der Gesetzgeber, er muss den Rahmen gestalten. Zurzeit könne man aber nicht davon ausgehen, dass er von seiner bisherigen arbeitsmarktpolitischen Linie abweiche, bedauerte Hermann-Josef Kronen, Vorsitzender des Koordinationskreises kirchlicher Arbeitsloseninitiativen im Bistum Aachen. Gleichwohl sei es an der Zeit, die wachsende Spaltung des Arbeitsmarktes, der Einkommen und der Gesellschaft kritisch zu beleuchten. Der Druck wächst.

Dafür schärfte auch Prof. Franz Segbers den Blick: Alle Rechte der Beschäftigten seien erkämpft wor-

den. Bei jedem industriellen Rationalisierungsschub habe es solche Konflikte und Aushandlungen gegeben, sagte der Sozialethiker aus Marburg. Nun sei es wieder an der Zeit zu streiten und zu kämpfen. Denn die rasante Digitalisierung der Wirtschaft sei keineswegs eine naturgesetzliche Entwicklung, sondern ein Trend, hinter dem ökonomische und politische Interessen stünden.

Die Probleme seien vielschichtig und gefährdeten auf Dauer den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie, merkte Segbers mit Blick auf die Wahlerfolge von Rechtspopulisten an. Ein paar Stichworte: Das Einkommen der Beschäftigten sei entkoppelt vom Produktivitätsfortschritt. Die Zerfransung der privaten Zeit durch neue Technologien führten zur 50-Stunden-Woche zurück. Neue Arbeitsverhältnisse entstünden, ohne Rechte, mit minutengenaue Entlohnung. Auch die wachsende Zahl gewerkschaftsfreier Zonen besorgte den Sozialethiker und er rief zum Widerstand auf.

Für die Langzeitarbeitslosen ist die aktuelle Digitalisierung noch einmal brisanter, sie verschärft alle Ausgrenzung, welche sie heute schon erfahren. Gleich, ob es um den Arbeitsmarkt geht, den Wohnungsmarkt, die Arbeits- und Sozialverwaltung oder die Gesellschaft als Ganzes: Menschen, die schon länger als vier Jahre arbeitslos sind, haben kaum eine reelle Chance auf Teilhabe. Das wies Dr. Frank Bauer vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung NRW detailliert nach. Durch Industrie 4.0 wüchsen die Bildungsanforderungen weiter, die viele bereits heute nicht erfüllen könnten. Und es entstünde Konkurrenz durch immer mehr Absteiger aus der Mittelschicht, ergänzte Hermann-Josef Kronen.

Was das alles gesellschaftlich bedeutet, ist eine große Zukunftsfrage. Denn die Langzeitarbeitslosen fühlen und wissen nur allzu gut, dass sie abgehängt und abgeschrieben sind. Und sie sind ihr Leben im Auf und Ab ihrer Maßnahmekarrieren satt. Das hat Tim Obermeier vom Institut für Bildungs- und Sozialpolitik an der Hochschule Koblenz herausgefunden, als er intensiv mit Langzeitarbeitslosen gesprochen hat. Seine lokalen Zukunftswerkstätten haben noch einmal bewiesen, dass diese Menschen nicht nur an der Erwerbsarbeit, sondern auch an der Gesellschaft teilhaben wollen. Und dass sie viele Ideen haben für ein besseres Leben für alle.

Es sei ein Gebot der Humanität, die Teilhabe für

alle zu organisieren, hieß es in Herzogenrath. Das griffen auch drei Landtagsabgeordnete, Martina Maaßen (Bündnis 90/Die Grünen), Daniele Jansen (SPD) und Ulla Thönnissen (CDU) auf. Ein öffentlich geförderter, sozialer Arbeitsmarkt müsse her, mit einer langfristigen Finanzierung, sagten sie unisono. Und sie zeigten sich durchaus selbstkritisch mit Blick auf die Hartz-IV-Gesetzgebung.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen könne die damit verbundene kritisierte Praxis der Arbeits- und Sozialverwaltung ablösen, hieß es in Herzogenrath. Viele der versammelten Fachleute und Verantwortlichen zeigten sich einig: Wie der soziale

Arbeitsmarkt erschlosse das Grundeinkommen zudem allen Bürgern neue Möglichkeiten, ihr Leben zu gestalten – also auch den Beschäftigten.

Diese erleben schließlich Arbeitsverdichtung, Zersplitterung des Privatlebens oder Prekarisierung ihrer Beschäftigungsverhältnisse und suchen zuweilen nach Alternativen. Und hier schloss Prof. Segbert den Kreis: In dieser Hinsicht hätten die neuen Technologien auch positives Potenzial. Er forderte dazu auf, die Humanität zu heben, welche die Digitalisierung ermöglichen kann. Denn es gelte schließlich das, was er mit Blick auf die industrielle Rationalisierung gesagt hat: Die Technik ist nur ein Werkzeug – entscheidend ist, was man damit macht.



27. November 2016 · 71. Jahrgang · Nr. 48 · G 5240

KirchenZeitung

für das Bistum Aachen · Ausgabe Aachen-Stadt

Gemeinsam Kirche sein?

Vielerorts kämpfen GdG-Räte mit haus- und menschengemachten Schwierigkeiten

« 2

Was heißt Industrie 4.0?

Die Digitalisierung der Arbeit birgt Chancen und Risiken. Wie gehen wir damit um?

« 4

Worauf hoffen wir?

Der Advent ist nicht nur eine Zeit der Erwartung, sondern auch der Hoffnung

« 28



4 Bistum



Foto: Zapp/Photo/Shutterstock.de

← Die Digitalisierung verändert immer mehr Branchen. Die Auswirkungen auf die Qualität der Arbeit und auf den Arbeitsmarkt sind unabsehbar. Zeit, sich in diese Entwicklung einzuschalten.

Von alleine ändert sich nichts

Die Digitalisierung fordert nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Gesellschaft und die Kirche heraus

Von Thomas Hohenschue

Die Computer ziehen in unseren Alltag ein. Den Trend kennen wir seit drei Jahrzehnten. Aber was gerade passiert, ist neu. Über das Internet werden Daten und Dienste zugänglich, die ganz neue Dinge ermöglichen. Was das für unser Gemeinwesen bedeutet, ist noch nicht klar. Wir müssen darüber reden.

100 Frauen und Männer aus Politik, Gesellschaft und Kirche taten dies am vergangenen Donnerstag in Herzogenrath. Ihr Thema: der Einfluss der Digitalisierung auf die Arbeitswelt, auf die Beschäftigten und auf Langzeitarbeitslose. Die Dialogtagung zeigte: Es gibt vieles zu bedenken, um den Tatsachen und Entwicklungen ins Gesicht zu schauen und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Eine erste Annäherung über eine Problematik, in der das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Was ist nochmal dieses „Industrie 4.0“? Dieses Schlagwort geistert inzwischen durch alle Gazetten. Gemeint ist: Die Wirtschaft vollzieht einen tief greifenden Strukturwandel hin zu einer stark vernetzten, digital gesteuerten Echtzeitproduktion. Das heißt auf gut Deutsch: Alles kommt auf den Prüfstand, wie es sich ef-

fizienter organisieren lässt. Computer übernehmen Tätigkeiten, die bisher von Menschen ausgeübt wurden. Und zwar nicht nur schwere körperliche Arbeiten, wie es zum Beispiel Industrieroboter seit langem tun, sondern auch geistige Aufgaben. Nicht umsonst geraten zurzeit Banken und Versicherungen in den Fokus der Diskussion. Viele ihrer Dienste lassen sich noch umfassender als bisher automatisieren.

Was bedeutet „Industrie 4.0“ für die Arbeitsplätze?

Die Entwicklung deutet auf einen drastischen Rationalisierungsschub hin. Er verstärkt, was die elektronische Datenverarbeitung seit etwa 40 Jahren in Unternehmen möglich macht. Das bedeutet zunächst, dass Tätigkeiten wegfallen. Es kommen aber auch neue hinzu. Wie die Bilanz am Ende aussieht, kann man nicht pauschal sagen, es kommt auf Branche und Betrieb an. Eines aber ist nach Einschätzung von Experten wie dem Marburger Sozialethiker Franz Segbers klar: Die Anforderungen an die Beschäftigten steigen und steigen. Nicht alle erfüllen sie und halten ihnen stand. Und es gibt weitere Effekte, neben einer wachsenden Arbeitsverdichtung. Viele Beschäftigte verlieren die Kontrolle über ihre Zeit, die Arbeit verfolgt sie elektronisch bis nach

Hause. Gesund ist das nicht, weder für den Beschäftigten selbst noch für seine familiären und sozialen Beziehungen.

Was bedeutet „Industrie 4.0“ für den Arbeitsmarkt?

Experten beobachten: Der Umbau der betrieblichen Strukturen und Abläufe mit digitalen Mitteln wird dazu genutzt, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung abzubauen. Neue Jobs sind häufig prekär,



↑ Sozialethiker Franz Segbers

befristet, schlecht bezahlt, das Tarifrecht ist ausgehebelt. Die Technik gibt der Liberalisierung des Arbeitsmarktes einen neuen Schub. Neue Märkte von Dienstleistungen entstehen, die über das Internet organisiert werden. Betriebsräte sind in diesem Segment der Wirtschaft nicht willkommen, sondern werden zum Teil mit brachialen Methoden bekämpft. Völlig ihrer Schutzrechte beraubt sind moderne Nomaden, wie ihre Dienste als anonyme Einzelkämpfer minutengenau abrechnen.

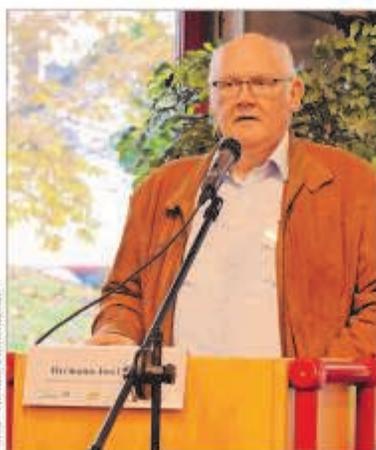
Was bedeutet „Industrie 4.0“ für Langzeitarbeitslose?

So wie die Sache mit der Digitalisierung zurzeit läuft, gehen für Langzeitarbeitslose endgültig die Lichter auf dem Arbeitsmarkt aus. Arbeitsmarktforscher wie Frank Bauer vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung NRW kennen die brutale Wirklichkeit in allen Details. Menschen, die schon länger als vier Jahre arbeitslos sind, haben bereits jetzt kaum eine reelle Chance auf Teilhabe. Das bezieht sich auf den Arbeitsmarkt, aber auch auf den Wohnungsmarkt. Hinzu kommen eine oft als unwürdig empfundene Behandlung durch die Arbeits- und Sozialverwaltung und eine grobe Verachtung, die ihnen aus einem großen Teil der Gesellschaft entgegenschlägt.

Was das mit den Menschen macht, hat Tim Obermeier vom Institut für Bildungs- und Sozialpolitik in direkten Gesprächen herausgefunden. Sie fühlen und wissen nur allzu gut, dass sie abgehängt und abgeschrieben sind. Und sie sind ihr Leben im Auf und Ab ihrer Maßnahmekarrieren satt. Industrie 4.0, wie es jetzt läuft, verschärft ihre Situation. Denn noch eines wird geschehen: Um die letzten zugänglichen Jobs konkurrieren künftig Absteiger aus der Mittelschicht, prognostiziert Hermann-Josef Kronen vom Koordinationskreis kirchlicher Arbeitsloseninitiativen im Bistum Aachen.

Ist diese Entwicklung unvermeidlich?

Nein, ist sie nicht. Franz Segbers sagt unmissverständlich: Die rasante Digitalisierung der Wirtschaft ist keineswegs eine naturgesetzliche Entwicklung, sondern ein Trend, hinter dem ökonomische und politische Interessen stehen. Konkret nennt Segbers die Finanzmärkte mit ihren stetig steigenden Erwartungen an die Rendite von Kapitalinvestitionen. Diesen Druck geben sie an die Unternehmen weiter. Der Sozialethiker schärft den Blick für den historischen Moment: Alle Rechte von Beschäftigten sind erkämpft worden. Bei jedem industriellen Rationalisierungsschub hat es solche Konflikte und Auseinandersetzungen gegeben. Segbers sagt: Jetzt ist es wieder an der Zeit zu streiten und zu kämpfen.



↑ Hermann-Josef Kronen

Warum sollte sich die Kirche darum kümmern?

Generalvikar Andreas Frick bringt den kirchlichen Auftrag auf den Punkt: Wir dürfen keine Menschen als Verlierer zurücklassen. Pfarreien, Vereine und Verbände im Bistum Aachen erfüllen diesen Auftrag seit Jahrzehnten, indem sie Langzeitarbeitslose beschäftigen, qualifizieren, beraten und begleiten.

Diese Arbeit ist anspruchsvoll und kostet viel Kraft, aber sie speist ihre Beharrlichkeit und Widerständigkeit aus der Heilsbotschaft des Evangeliums. Die Hoffnungslosigkeit vieler Betroffener begleitet gleichwohl die Fachkräfte in den Maßnahmen. Fragen nach Alternativen tun sich auf, aus der Kenntnis der Lage und dem eigenen, christlichen Gewissen.

Andreas Frick nennt in diesem Zusammenhang ein Wort von Papst Franziskus. Dieser sprach sich gegen eine „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ aus. Wenn man das ernst nimmt, kann einem das Schicksal der Langzeitarbeitslosen nicht egal sein. Und im Bistum Aachen gibt es gar nicht so wenige, denen es nicht egal ist.

Und eine zweite Sache: Um den Arbeitsmarkt ist es ganz und gar nicht so gut bestellt, wie offizielle Vermeldungen nahelegen. Was vermeintlich Vollbeschäftigung signalisiert, verdeckt eine große Zahl mieser Jobs. Nicht jede Arbeit ist eine gute Arbeit. Für diese Überzeugung streiten Christen immer wieder, weil die Gott-gegebene Würde des Menschen Ausgangspunkt ihres Denkens und Handelns ist. Und auch das hohe Armutsrisiko von immer mehr Familien lässt sich aus den Amtszahlen nicht herauslesen. Bis in die Mittelschichten hinein ist das Gefühl der Unsicherheit aufgestiegen. Was das auf Dauer für den sozialen Zusammenhalt und für die Demokratie bedeutet, besorgt nicht nur Franz Segbers. Im nächsten Jahr stehen auch bei uns Wahlen an.



↑ Generalvikar Andreas Frick

Wie kann es weitergehen?

So wie bisher jedenfalls nicht. Folgt man Franz Segbers, dann müssen nun Gewerkschaften, Kirchen und andere aus ihrem Tiefschlaf erwachen und sich in den aktuellen Strukturwandel einmischen. Das ist keine Einladung, Entwicklungen aus Prinzip zu blockieren. Denn grundsätzlich verteufeln möchte der Sozialethiker die neuen Technologien nicht: Auch diese haben das Potenzial, zu einem besseren Leben für alle beizutragen. Aber das geschieht nicht von alleine: Wenn es um Interessen geht, muss man sich dafür einsetzen. Wenn es also um die Verwirklichung von Idealen und Visionen geht, müssen nach dieser Lesart Christen aufstehen, sich verbünden, für das gute Leben streiten.

Und zwei alte Bekannte, für die sich gesellschaftspolitisch aktive Christen einsetzen, bekommen neue Argumente an ihre Seite: Ein öffentlich geförderter, sozialer Arbeitsmarkt muss her, mit einer langfristigen Finanzierung. Er gibt den Langzeitarbeitslosen einen Platz in einer Gesellschaft, in der sich der Wert eines Einzelnen stark von dem her definiert, was dieser tut. Für Menschen, die aus dem Rationalisierungsdruck des regulären Arbeitsmarktes aussteigen möchten oder müssen, bietet ein solcher sozialer Arbeitsmarkt neue Perspektiven.

Und dann ist da noch das bedingungslose Grundeinkommen, ein tiefer Eingriff in unser sozialrechtliches Gefüge wäre es. Es macht möglich, dass man sich neben dem Erwerb auch noch um Familie, das Gemeinwesen oder die Demokratie kümmert. Auch diese Vision ist etwas, das durch neue Technologien unterstützt werden kann. Allein: Es kommt darauf an, dass jemand sich darum kümmert. Von alleine geschieht es nicht.

**KOORDINATIONSKREIS
KIRCHLICHER
ARBEITSLOSENINITIATIVEN**
IM BISTUM AACHEN

www.arbeitslosenarbeit-im-bistum-aachen.de

Koordinationskreis kirchlicher Arbeitsloseninitiativen
im Bistum Aachen

Berthold Santjer

c/o Sozialwerk Krefelder Christen

Ispelsstr. 81, 47805 Krefeld

Tel.: 02151 - 392220

Mail: b.santjer@sozialwerk-kr-ch.de

mit Unterstützung durch:

Referent für Arbeitslosenarbeit im Bistum Aachen

Wolfgang Cohnen

Wiesenstraße 17, 52134 Herzogenrath

Tel.: 02406 - 9558-25

Mail: wolfgang.cohnen@bistum-aachen.de

Bischöfliches Generalvikariat Bistum Aachen

Hauptabteilung Pastoral/Schule/Bildung

Abteilung 1.2. – Pastoral in Lebensräumen

Arbeiter- und Betriebspastoral

Heinz Backes

Klosterplatz 7, 52062 Aachen

Tel.: 0241 – 452475

Mail: heinz.backes@bistum-aachen.de



Spendenkonto:

IBAN: 5437 0601 9300 0010 5074

BIC: GENODED1PAX

Pax Bank Aachen

Name: Solidarität für Arbeit

Zweck: 'Ihr Name und Ihre Anschrift'

Dialogtagung 2016

Arbeit 4.0 - Gute Arbeit für alle?!



**17. November 2016, 9 - 17 Uhr
Nell-Breuning-Haus, Herzogenrath**

Eine Veranstaltung des
Koordinationskreises kirchlicher Arbeitsloseninitiativen im Bistum Aachen
in Kooperation mit

- Bischöfliches Generalvikariat Aachen, Abteilung Pastoral in Lebensräumen
- Bündnis für Menschenwürde und Arbeit
- Christliche Arbeiterjugend Diözese Aachen
- Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen
- Diözesane Arbeitsgemeinschaft ‚Integration durch Arbeit‘ im Diözesancaritasverband
- KAB Diözese Aachen e.V.
- Kolpingwerk Diözesanverband Aachen
- Nell-Breuning-Haus